



Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 6 • 2014
35. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2014 feierte der Geburtenjahrgang 1964 seinen 50. Geburtstag. Große Beachtung fand dieses runde Jubiläum vor allem deshalb, weil es sich hier um den Jahrgang handelt, in dem die höchste Zahl an Geburten in Deutschland verzeichnet wurde. Mit über 1,4 Millionen Geburten kamen nie wieder so viele Kinder wie 1964 zur Welt. Danach gingen die Geburtenzahlen kontinuierlich immer weiter bergab. So kamen Mitte der 1970er Jahre etwa 800.000 Kinder zur Welt. Seit mittlerweile 10 Jahren stagnieren die Zahlen bei knapp unter 700.000 Geburten im Jahr.

Wie wenig sich hier seither getan hat, belegen die neuesten absoluten Zahlen der Lebendgeborenen für das Jahr 2013: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Geburtenzahlen mit über 682.000 um etwa 8.500 Geburten nur geringfügig über den Werten des Vorjahres. Dieser leichte Anstieg hat allerdings keine Folgen für das Geburtenniveau, das mit einer Geburtenziffer von 1,41 weiterhin zu niedrig ist.

Diese Entwicklung führt dazu, dass sich künftig die Relation zwischen Erwerbstätigen und Ruheständlern weiterhin zuungunsten der Erwerbstätigen verschiebt. Zudem wird die Alterung der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft erheblich beeinflussen.

Durch welche demografischen Charakteristika sich der Jahrgang 1964 auszeichnet untersuchen Andreas Ette, Jürgen Dorbritz und Harun Sulak. Sie zeichnen in ihrem Beitrag ein Porträt der Babyboomer-Generation unter besonderer Berücksichtigung der zugewanderten Angehörigen dieses Jahrgangs. Deutlich wird, dass sich die zugewanderten Babyboomer hinsichtlich ihres demografischen Verhaltens und ihrer sozio-ökonomischen Struktur teilweise deutlich von den in Deutschland geborenen 50-jährigen unterscheiden.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des BiB

Zunehmende ethnische Diversität: Die Babyboomer-Kohorte 1964 im sozialen Wandel der Bundesrepublik Deutschland



Neben der Tatsache, dass der geburtenstärkste Jahrgang 1964 zahlenmäßig den Höhepunkt der Babyboomer-Generation in Deutschland markiert, zeichnet sich diese Kohorte, was Herkunft und ethnische Zusammensetzung angeht, vor allem durch ihre Vielfalt aus. So wurde etwa jeder sechste Angehörige der 1964er Kohorte nicht in Deutschland geboren und hat damit wesentliche Sozialisationsphasen nicht hier verbracht. Vor diesem Hintergrund möchte der Beitrag zunächst einen Überblick über die demografischen Merkmale dieses Geburtsjahrgangs geben und dann der Frage nachgehen, wie sich die zugewanderten Babyboomer in ihrem generativen Verhalten von der deutschen Bevölkerung unterscheiden. Dazu wird auch die sozioökonomische Integration in die deutsche Gesellschaft am Beispiel der Bildungsqualifikation und der damit verbundenen Integration in den Arbeitsmarkt untersucht. Die Analysen zeigen, dass die ethnische Diversität der Babyboomer durch die Migrationsgeschichte deutlich gestiegen ist. Es zeigen sich zudem deutliche Unterschiede zwischen den in Deutschland und den im Ausland geborenen Babyboomern – sowohl im Geburtenverhalten als auch im Hinblick auf deren sozio-ökonomische Integration. ➔ Seite 2



Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand: Studie des BiB in Berlin vorgestellt



Viele ältere Menschen verfügen heute über einen hohen Lebensstandard, ein hohes Bildungsniveau und eine gute Gesundheit. Damit ergeben sich für die „jungen Alten“ zwischen 55 und 70 Jahren völlig neue Perspektiven für ihre Lebensgestaltung im Vergleich zu früheren Generationen – vor allem im Hinblick auf Erwerbstätigkeit und ehrenamtliches Engagement. In diesem Zusammenhang hat das BiB ein Forschungsprojekt zum Thema „Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand“ durchgeführt, dessen Ergebnisse nun als Band 47 der Reihe „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“ erschienen sind. Vorgestellt wurden das Buch sowie zentrale Ergebnisse daraus am 5. November 2014 vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, zusammen mit dem Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider (links im Bild), in der Bundespressekonferenz. ➔ Seite 10





Andreas Ette, Jürgen Dorbritz und Harun Sulak (alle BiB)

Zunehmende ethnische Diversität:

Die Babyboomer-Kohorte 1964 im sozialen Wandel der Bundesrepublik Deutschland

„Die Babyboomer werden 50“, so betitelte der Sender „Deutschlandradio Kultur“ im Frühjahr diesen Jahres sein Schwerpunktthema über den geburtenstärksten Jahrgang Deutschlands und fragte in zahlreichen Features, wie es den Angehörigen des Jahrgangs 1964 denn heute geht. In den unterschiedlichen Beiträgen wurde dabei immer wieder eine Generation beschrieben, die durch ihre ganz eigenen Erlebnisse aber gerade auch durch den zahlenmäßigen Umfang dieses Jahrgangs sozialisiert und geprägt wurde: Wirtschaftlich stabiles Umfeld der 1960er-Jahre und technischer Fortschritt, überfüllte Spielplätze, Kindergärten und Schulklassen, aber auch die ersten größeren ökonomischen und ökologischen Krisen sind Stichworte, die hier immer wieder genannt wurden. Im weiteren Lebensverlauf der Babyboomer lassen sich zusätzliche prägende Erfahrungen ergänzen: die Bildungsexpansion, eine stärkere Konkurrenz beim Erwerbseintritt, der in dieser Generation erstmals stark gestiegene Anteil von befristeten Beschäftigungsverhältnissen sowie ein allgemeiner Trend zunehmender Instabilität und Heterogenisierung der Erwerbsverläufe (vgl. Tisch und Tophoven 2011; Mayer und Hilmert 2004).

Wenn von Generationen die Rede ist, gehen wir meist von soziokulturellen oder zeitdiagnostischen Generationen aus – wie beispielsweise der „68er-Generation“, der „Generation Golf“ oder aktuell der „Generation Y“ – durch die einzelnen Personen einer Gesellschaft eine bestimmte soziale Identität hinsichtlich ihrer sozial-zeitlichen Positionierung zugeschrieben wird. Dabei gehen wir davon aus, dass die Angehörigen einer Generation sich „in ihrem Denken, Fühlen, Wollen und Tun an sozialen Perspektiven orientieren, für die der Geburtsjahrgang [...] oder die Interpretation historischer Ereignisse von Belang sind.“ (Lüscher et al. 2009) Die identitätsstiftende Funktion einer solchen Generationenzuschreibung entsteht dadurch, dass ein großer Teil der Angehörigen eines bestimmten Geburtsjahrgangs entsprechend geprägt wurde. Diese Vorstellung von Homogenität blendet dabei notwendigerweise die Vielfalt eines Geburtsjahrgangs aus. Bei der Beschreibung einer Generation über einen langen Zeitraum übersieht eine solche Zuschrei-

bung insbesondere den Wandel, dem eine solche Generation ausgesetzt ist.

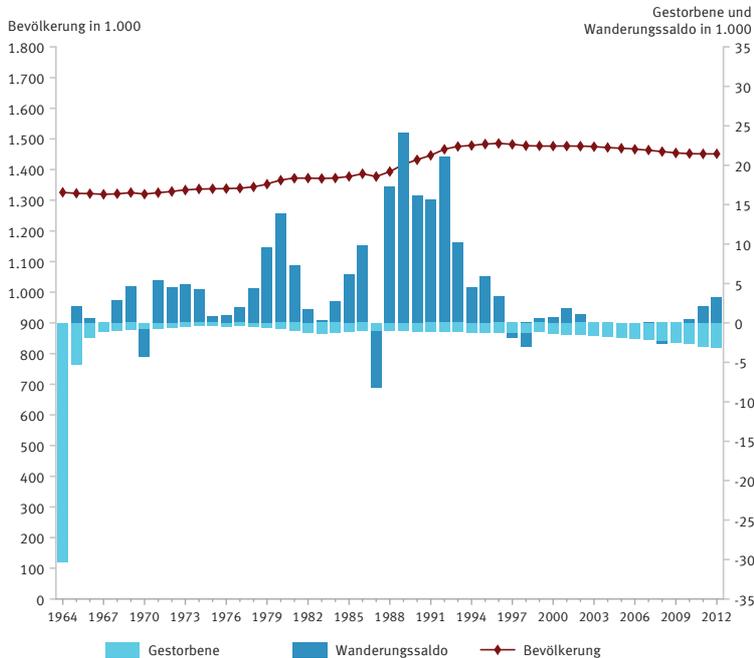
Betrachtet man im konkreten Fall die Generation der Babyboomer, so ist diese im Verlauf der vergangenen fünf Jahrzehnte gealtert: Die Frauen haben durchschnittlich noch weitere 37,3 Jahre an Lebenszeit zu erwarten, für die Männer sind es immerhin noch 33,0 Jahre (Statistisches Bundesamt 2011). Ihnen wird ein guter Gesundheitszustand und eine hohe Leistungsfähigkeit nachgesagt, wie es die Zeitung Die Welt (06.01.2014) auf den Punkt brachte: „Ihr werdet noch ziemlich lange leben. Ihr seid ja fit. Auch dafür werdet ihr, mal wieder, bezahlen müssen: Ihr seid der erste Jahrgang, der erst mit 67 in Rente darf. Also werdet ihr länger bleiben, als ihr eigentlich Lust habt. Im Wissen, wie ungeduldig schon jene sind, die darauf warten, dass es endlich nicht mehr so viele von euch gibt.“ Neben dem Altern ist die Generation hinsichtlich ihrer ethnischen Struktur deutlich diverser geworden. Die Migrationsgeschichte Deutschlands hat dazu geführt, dass heute etwa jeder Sechste der Angehörigen der 1964er Geburtskohorte außerhalb Deutschlands geboren wurde. Diejenigen haben die wesentliche Sozialisationsphase der Babyboomer – die 1960er- und 1970er-Jahre des 20. Jahrhunderts – somit gar nicht in Deutschland miterlebt, sondern wurden durch den gesellschaftlichen Kontext ihrer Herkunftsländer geprägt. Ziel des Beitrags ist es, die Antwort auf die Frage, wie es den Babyboomern denn heute geht, um die Migrations- und Integrationsgeschichte der letzten Jahrzehnte in Deutschland zu ergänzen und die Vielfalt dieser Generation darzustellen.

Wachstum und Schrumpfung der Babyboomer-Kohorte

Wer in Deutschland zu den Geburtskohorten gehört, die allgemein als Generation der Babyboomer bezeichnet werden, ist nicht ganz unumstritten. Während in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa und weiteren Industriestaaten die sich verändernden Lebensbedingungen zu einem generellen Babyboom führten, fand dieser in Deutschland auf einem niedrigeren Niveau und vor allem zu einem späteren Zeitpunkt statt. Je nachdem, ob man als Definitionskriterium die Jahre des Anstiegs



Abb. 1: Entwicklung des Bevölkerungsbestandes der Geburtskohorte 1964 sowie der jährlichen Veränderungen aufgrund von Sterbefällen und Wanderungssaldo in Deutschland, 1964-2012 (in 1.000)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

© BiB 2014

der Geburtenzahlen oder die absoluten Kohortenstärken verwendet, wird der Beginn etwas früher (ab Mitte der 1950er-Jahre) bzw. das Ende etwas später (bis Ende der 1960er-Jahre) datiert. (Menning und Hoffmann 2009) Unstrittig ist aber, dass der geburtenstärkste Jahrgang 1964 den Höhepunkt der Babyboomer-Generation markiert, als in Deutschland insgesamt 1.357.304 Geburten verzeichnet wurden.

Die Größe einer einzelnen Kohorte wird aber nicht ausschließlich durch die absolute Zahl von Geburten während eines Jahres bestimmt. In den danach folgenden Jahren wird sie in ihrer Entwicklung einerseits von der Sterblichkeit beeinflusst – in den ersten Jahren insbesondere von der Säuglings- und Kindersterblichkeit und in den späteren Jahren von der Sterblichkeit im höheren Erwachsenenalter – die zur Schrumpfung einer Kohorte beitragen. Andererseits sind der Umfang und die Struktur einer Kohorte von internationalen Migrationsbewegungen abhängig, d. h. der Zu- bzw. Abwanderung von Personen des entsprechenden Geburtsjahrgangs, wobei es hier bei einem negativen Wanderungssaldo zu weiterer Schrumpfung, bei positivem Wanderungssaldo aber auch zu Wachstumsprozessen kommen kann.

Auf der Grundlage der Daten der Bevölkerungsfortschreibung lässt sich die Entwicklung der 1964er Kohorte gut nachzeichnen, da für den Stichtag 31.12. jeden Jahres der Bevölkerungsbestand nach Geburtsjahrgängen sowie die altersspezifische Zahl von Sterbefällen bekannt ist. Die verbleibende Differenz zwischen den jährlichen Bevölkerungsfortschreibungen ist somit direkt als jährlicher Wanderungssaldo zu interpretieren. Abbildung 1 zeigt die Wachstums- und Schrumpfungprozesse der 1964er-Kohorte. Dabei zeigt sich, dass die Schrumpfung der Kohorte im Verlauf der vergangenen 50 Jahre fast ausschließlich auf die etwa 95.000 Todesfälle zurückzuführen ist. Diese resultieren insbesondere aus der vergleichsweise hohen Zahl von etwa 30.000 Säuglingen, die noch innerhalb ihres ersten Lebensjahres gestorben sind. In den Jahren danach nimmt die Sterblichkeit deutlich ab und liegt etwa bis zum 35. Lebensjahr bei durchschnittlich ca. 1.000 Sterbefällen jährlich, um erst dann wieder stetig auf ungefähr 3.100 Sterbefälle im Jahr 2012 anzu-

steigen. Durch die Gestorbenen wäre die Geburtskohorte in den vergangenen Jahrzehnten somit um 7 % auf 1,26 Millionen Personen geschrumpft. Tatsächlich ist die Kohorte aber um 7 % gewachsen, so dass heute 1.451.353 Angehörige der 1964er-Geburtskohorte in Deutschland leben. Dieser Prozess ist auf den positiven Wanderungssaldo zurückzuführen, durch den es im jährlichen Durchschnitt zu einem Wanderungsgewinn von etwa 3.900 Personen in dieser Kohorte gekommen ist.

Stärker noch als bei den Sterbefällen lassen sich bei den Wanderungen unterschiedliche Phasen unterscheiden: So kam es zu deutlichen Wanderungsgewinnen dieser Geburtskohorte insbesondere zu Beginn der 1980er- sowie der 1990er-Jahre, während sich beispielsweise die gestiegenen Zuwanderungszahlen der vergangenen Jahre in dieser Altersgruppe kaum mehr bemerkbar machen. Wanderungsverluste waren hingegen über den gesamten Zeitraum nur wenige zu verzeichnen. Die offensichtlichsten Verluste in den Jahren 1970 und 1987 sind Artefakte der hier angewandten Methodik und resultieren aus den Anpassungen der Bevölkerungsfortschreibung und des Bevölkerungsbestandes – als Folge der beiden in diesen Jahren durchgeführten Zensen.



Wanderungsbiografien der Babyboomer-Kohorte

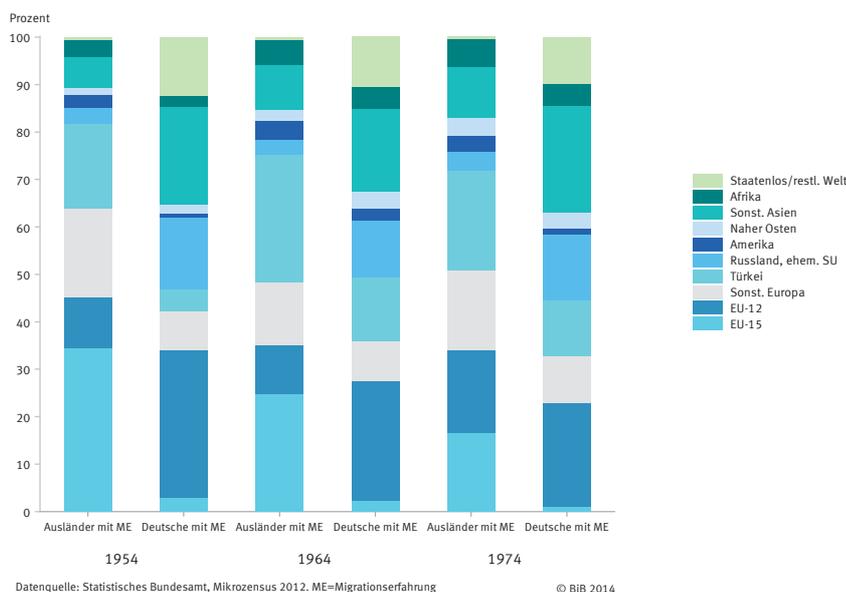
Die Bevölkerungsfortschreibung beinhaltet keinerlei Informationen über das Geburtsland der Personen, weshalb Schätzungen des Anteils der im Ausland geborenen Angehörigen der 1964er-Kohorte kaum möglich sind. Der Mikrozensus 2012 ist als jährliche Haushaltsbefragung mit einer Stichprobengröße von 1 % der Bevölkerung eine deutlich geeignetere Datengrundlage. Für die folgenden Analysen des sozialen Wandels dieser Geburtskohorte vergleichen wir die 1964 in Deutschland geborenen mit den 1964 außerhalb Deutschlands geborenen Personen, wobei letztere nochmals hinsichtlich ihrer Staatsangehörigkeit in Deutsche mit Migrationserfahrung und Ausländer mit Migrationserfahrung unterschieden werden. Diese meist als 2. Generation bezeichneten Bevölkerungsgruppen sind im Fall der 1964er-Kohorte mit heute etwa 10.400 Personen denkbar klein, vor allem wurden sie aber – im Unterschied zu ihren Eltern – in Deutschland sozialisiert und sind somit viel eher Teil dieser identitätsstiftenden Generation der Babyboomer. Um die Besonderheit der Generation der Babyboomer herauszustellen, vergleichen wir wiederum die 1964er-Kohorte mit den 1954 und 1974 Geborenen. Fallzahlbedingt basieren die Analysen dabei jeweils auf den Kohorten 1953-55, 1963-65, und 1973-75.

Laut Mikrozensus leben heute über 1,4 Millionen Personen in Deutschland, die im Jahr 1964 geboren wurden.

Davon lebten 84 % bereits zum Zeitpunkt ihrer Geburt in Deutschland, immerhin 226.000 Personen sind aber in der Zwischenzeit zugezogen. Etwa jeder sechste Angehörige der 1964er-Kohorte wurde somit nicht in Deutschland geboren und hat wesentliche Phasen seiner Sozialisation nicht in Deutschland verbracht.

Innerhalb dieser Gruppe von Zuwanderern besteht eine große Heterogenität, die sich bereits an den unterschiedlichen Wanderungsbiografien deutlich zeigt. Von den 226.000 zugezogenen Personen haben etwa 45 % die deutsche Staatsangehörigkeit und stammen mit knapp 75 % in erster Linie aus klassischen Herkunftsregionen von Aussiedlern und Spätaussiedlern (Abb. 2). Im Vergleich der 1964er-Kohorte mit der Gruppe der heute 60- bzw. 40-Jährigen gibt es nur geringfügige Abweichungen, die sich insbesondere aus der zeitlichen Entwicklung der Zuwanderung aus bestimmten Herkunftsländern von (Spät-)Aussiedlern erklären lassen. Die institutionell umfassend regulierte Zuwanderung der (Spät-)Aussiedler führt weiterhin zu einem eigenwilligen Altersprofil der Zuwanderer. Während internationale Migrationsentscheidungen für gewöhnlich häufig im Alter zwischen 20 und 30 Jahren getroffen werden, weicht diese Gruppe deutscher Zuwanderer mit Migrationserfahrungen hiervon deutlich ab: Alle drei hier analysierten Geburtskohorten – 1954er, 1964er und 1974er – wandern weitgehend zeitgleich zwischen Ende der 1980er- und Mitte der 1990er-Jahre nach Deutschland ein.

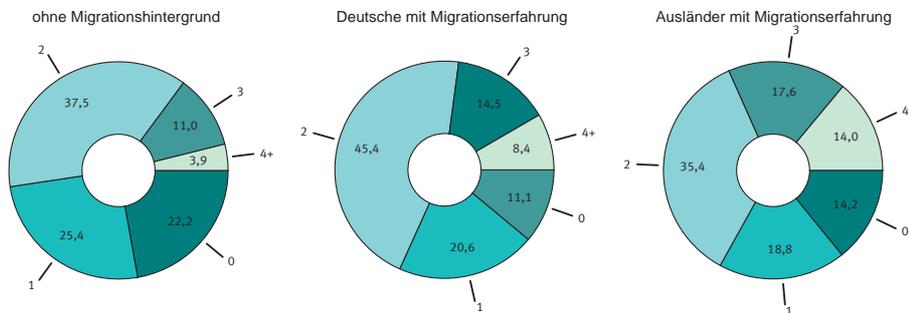
Abb. 2: Herkunftsregionen der Zuwanderer nach Geburtskohorte und Migrationsstatus (in %)



Das Muster der Herkunftsregionen von zugezogenen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit – insgesamt etwa 126.000 Personen – unterscheidet sich deutlich von den zugewanderten Deutschen: So stammen 27 % dieser Personen aus der Türkei, gefolgt von 25 %, die aus einem der alten EU-15-Mitgliedstaaten stammen. Diese Struktur von Herkunftsregionen spiegelt das klassische Muster der Gastarbeiterzuwanderung nach Deutschland wider und findet sich in ähnlicher Form in der 1954er-Geburtskohorte, während sich hinsichtlich der Herkunftsregionen der 1974 geborenen Personen bereits eine deutlich größere Diversität zeigt, die sich nicht mehr mit



Abb. 3: Zahl der geborenen Kinder von Frauen des Geburtsjahrgangs 1964 nach Migrationsstatus (in %)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012

© BiB 2014

dieser ersten Periode der Zuwanderung nach Deutschland in Verbindung bringen lässt. Das Altersprofil der Zuwanderer mit ausländischer Staatsangehörigkeit unterscheidet sich ebenfalls deutlich von den zugewanderten Deutschen. Hier finden wir das bereits erwähnte typische Altersprofil internationaler Migranten: Konkret zeigt sich ein deutlicher Peak der Zuwanderung der im Jahr 1964 geborenen Migranten Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre, als diese etwa 25 Jahre alt waren. Analog dazu fand der Großteil der Zuwanderung der 1954er-Kohorte gut zehn Jahre früher und bei der 1974er-Kohorte zehn Jahre später statt. Ein Großteil der zugewanderten Babyboomer – sowohl Deutsche als auch Ausländer – leben somit bereits seit zwei bis drei Jahrzehnten in Deutschland.

Geburtenverhalten der zugewanderten Babyboomer

Obwohl die Babyboomer selbst sehr viele waren, haben sie im Durchschnitt relativ wenige Kinder bekommen. Die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen aus dem Jahrgang 1964 beträgt 1,57. Mit einem Anteil von 38 % ist die Zwei-Kind-Familie eindeutig dominierend (Abb. 3). 21 % der Frauen haben nur ein Kind zur Welt gebracht. Die 1964er zeigen noch Merkmale der vor ihnen Geborenen, aber auch schon Auffälligkeiten der ihnen folgenden Generationen. In den älteren Generationen war Kinderreichtum noch sehr weit verbreitet. Von den Frauen aus dem Jahrgang 1964 hatten immerhin noch 17 % drei oder mehr Kinder. Im Jahrgang 1974 beträgt dieser Anteil nur noch 15 %. Daneben sind mit 21 % auch schon relativ viele kinderlos geblieben. Im Jahrgang 1974 wird

dann schon ein Kinderlosenanteil von fast 25 % erwartet. Eine endgültige Aussage kann noch nicht getroffen werden, da in diesem Jahrgang noch Kinder geboren werden können.

Die zugewanderten Babyboomer unterscheiden sich in ihrem generativen Verhalten deutlich nach Migrationsstatus. Die drei Gruppen – Deutsche ohne Migrationshintergrund, Deutsche mit Migrationserfahrung und Ausländer mit Migrationserfahrung – sind durch ein spezifisches Muster der Paritätsverteilung gekennzeichnet (Abb. 3). Die Unterschiede liegen bei der Kinderlosigkeit, dem Anteil der Zwei-Kind-Familien und dem Kinderreichtum. Frauen ohne Migrationshintergrund sind deutlich häufiger kinderlos und seltener kinderreich als Frauen mit einer Migrationserfahrung. Bei den Deutschen mit einer Migrationserfahrung gibt es eine eindeutige Orientierung auf zwei Kinder. Bei den Ausländern mit einer Migrationserfahrung ist mit einem Anteil von fast einem Drittel Kinderreichtum (3 und mehr Kinder) sehr hoch.

Die Vergleiche zwischen den Jahrgängen 1954, 1964 und 1974 zeigen ähnliche Entwicklungen, Annäherungstrends und das Fortbestehen von Unterschieden. In allen drei Jahrgängen ist die Kinderlosigkeit angestiegen, ohne dass die Unterschiede verschwunden sind. Angeglichen hat sich der Anteil der Frauen mit nur einem Kind. Der höhere Anteil von Frauen mit zwei Kindern bei den Deutschen mit einer Migrationserfahrung ist bestehengeblieben. Die Anteile der Kinderreichen sind bei unterschiedlichen Verläufen vom Jahrgang 1954 zum Jahrgang 1974 zurückgegangen. Der Fakt, dass Frauen mit einem Migrationshintergrund häufiger kinderreich sind, ist erhalten geblieben, allerdings haben sich die Unterschiede verringert.

Bei der Charakterisierung der 1964er ist auch zu beachten, dass ein Teil der Kohorte in den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR aufgewachsen ist und dort auch die erste Phase der Familiengründung und -entwicklung durchlebt hat. Daher ist anzunehmen, dass auch sie sich vom westdeutschen Jahrgang unterscheiden. Bei dieser Differenzierung bestehen die Unterschiede



de vor allem bei der Kinderlosigkeit und dem Anteil der Frauen mit einem Kind. Westdeutsche 1964er sind mit 22,2 % häufiger kinderlos als ostdeutsche (10,8 %). Für die Ostdeutschen ist typisch, dass zwar Familien gegründet werden, aber auf die Familienerweiterung verzichtet wird. 33,5 % haben es bei der Geburt des ersten Kindes belassen. In Westdeutschland ist dieser Wert mit 22,2 % erheblich niedriger.

Für den ostdeutschen Jahrgang ist typisch, dass das Ende der DDR mitten in seine Familiengründungsphase fiel. Die in der ehemaligen DDR erworbenen Familienvorstellungen mussten Anfang der 1990er-Jahre mit den neuen gesellschaftlichen Realitäten in Einklang gebracht werden. Die Effekte können sehr gut am Verlauf der altersspezifischen Geburtenziffern anschaulich gemacht werden. Der westdeutsche Teil des Jahrgangs zeigt den normalen Verlauf mit der Konzentration um das 30. Lebensjahr. Die ostdeutschen 1964er sind zunächst dem DDR-Muster mit der frühen Geburt der Kinder gefolgt, hatten also bis 1990 im 26. Lebensjahr einen Großteil ihrer Kinder bereits geboren. Danach sinken die Geburtenziffern wendebedingt schnell ab. Nach dem Alter 30 sind dann noch Nachholeffekte zu erkennen. Es kann davon ausgegangen werden, dass in diesem Jahrgang nur wenige der geplanten Kinder nicht geboren worden sind. Das zeigt sich auch daran, dass ostdeutsche Frauen mit 1,49 durchschnittlich mehr Kinder bekommen als die westdeutschen (1,35). Die jüngeren unmittelbar nachfolgenden Jahrgänge sind durch die Wendeereignisse in ihrer Familienbildung deutlich stärker betroffen worden als die 1964er.

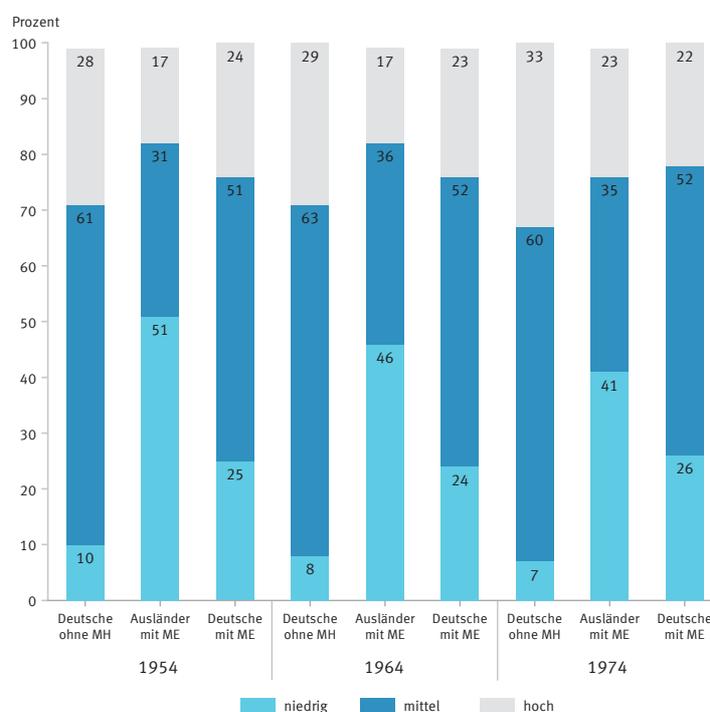
Bildungsqualifikationen der zugewanderten Babyboomer

Die zugewanderten Babyboomer unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich demografischer Merkmale von der deutschen Bevölkerung ohne Migrationserfahrung, sondern auch ihre sozio-ökonomische Integration in die deutsche Gesellschaft ist deutlich verschieden. Hier konzentrieren wir uns insbesondere auf die Bildungsqualifikation sowie die damit eng in Verbindung stehende Integration in den Arbeitsmarkt, da Letztere nicht nur für die Sicherung des Lebensunterhalts maßgeblich ist, sondern darüber hinaus die Teilhabe

an vielen weiteren gesellschaftlichen Aspekten des Lebens gewährleistet.

In der Integrationsforschung werden der Besuch bestimmter Schulformen und der Erhalt bestimmter Schulabschlüsse meist mit verschiedenen Stufen der Integration gleichgesetzt. Danach werden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund dann als schulisch integriert angesehen, wenn sich die Verteilung des Besuchs von Schulformen und des Erhalts von Schulabschlüssen nicht mehr von Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Für die in Deutschland aufwachsenden Kinder der Zuwanderer ist damit ein guter Indikator zur Beurteilung der Integration in das deutsche Schulsystem gefunden. Da die hier im Mittelpunkt stehende erste Generation von Zuwanderern jedoch ihren Schulabschluss in den meisten Fällen noch im Herkunftsland absolviert hat, beinhaltet die Verteilung von Bildungsabschlüssen keine Information über die Integration, sondern über die Selektivität der Zuwanderung. Dennoch ist das Bildungsniveau ein entscheidender Indikator zur Beurteilung der sozio-ökonomischen Teilhabemöglichkeiten auch der ersten Generation von Zuwanderern, denn Bildung stellt für den Arbeitgeber bei der

Abb. 4: Bildungsqualifikation nach Geburtskohorte und Migrationsstatus (in %)



Anmerkung: MH=Migrationshintergrund; ME=Migrationserfahrung
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012

© BiB 2014



Personalauswahl ein zentrales Screening-Instrument dar, um auf die Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schließen. (Solga und Becker 2012; Jacob 2004) Mit steigender Bildungsqualifikation erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbstätigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt deutlich.

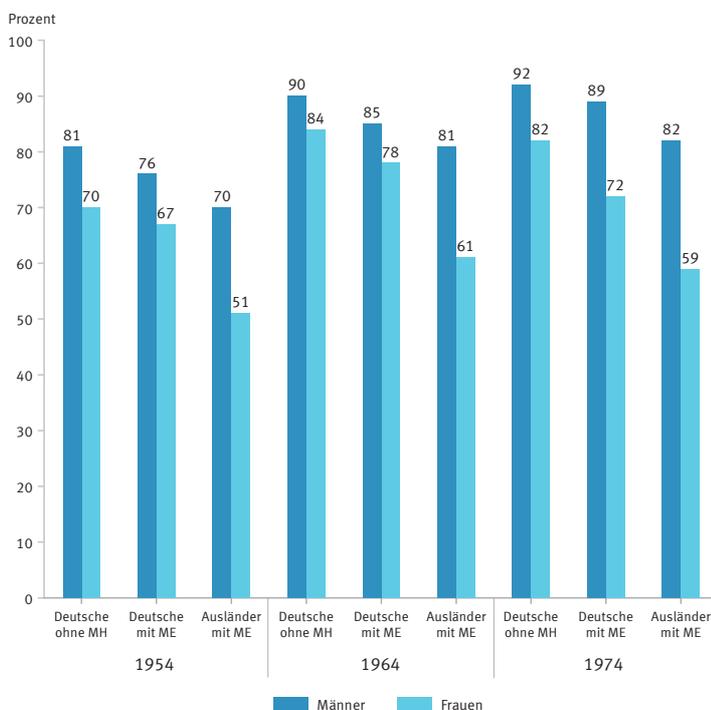
Die Ergebnisse der Mikrozensusanalyse zeigen eine deutlich schlechtere Qualifikationsstruktur der zugewanderten Babyboomer im Vergleich zu den in Deutschland geborenen Angehörigen der 1964er-Babyboomer-Kohorte (Abb. 4). In der Gruppe der zugezogenen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit besitzen heute 46 % keinen oder nur einen niedrigen Schulabschluss, während umgekehrt nur 17 % einen höheren Schulabschluss aufweisen. Eine deutlich bessere durchschnittliche Bildungsqualifikation zeigt sich bereits bei der Gruppe der zugewanderten deutschen Babyboomer, bei denen die Vergleichswerte 24 % bzw. 23 % betragen. Dennoch bestehen auch hier noch deutliche Unterschiede zur deutschen Bevölkerung ohne Migrationserfahrung, bei der lediglich 8 % einen niedrigen Schulabschluss aufweisen und immerhin 29 % eine hohe Bildungsqualifikation.

Im Vergleich der Kohorten zeigt sich für alle drei Bevölkerungsgruppen ein Anstieg der durchschnittlichen Bildungsqualifikationen, der höhere Anteil zugewandeter Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und niedrigen Abschlüssen bleibt aber auch in der jüngsten Kohorte der 1974 Geborenen bestehen. Einzig hinsichtlich des Anteils der Personen mit hohen Bildungsabschlüssen gleichen sich beide Zuwanderergruppen der Babyboomer-Kohorte über die Zeit hinweg an. Die bestehenden Unterschiede resultieren dabei einerseits aus einer selektiven Migration, bei der die Zuwanderung von Personen mit generell geringeren Bildungsabschlüssen lange Zeit dominierte, andererseits aber auch aus den – insbesondere zur Zeit der Zuwanderung dieser Kohorten – bestehenden Schwierigkeiten der Anerkennung der ausländischen Abschlüsse.

Arbeitsmarktintegration der zugewanderten Babyboomer

Angesichts der deutlichen Unterschiede der durchschnittlichen Bildungsqualifikationen zwischen den in Deutschland geborenen und den zugewanderten Babyboomern ist es kaum überraschend, dass diese auch deutliche Unterschiede hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration zur Folge haben. Auf Grundlage des Mikrozensus stellt die Erwerbstätigenquote einen ersten Indikator der Arbeitsmarktintegration dar, der den Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung des jeweiligen Jahrgangs angibt. Als Erwerbstätiger zählt nach diesem Konzept, wer mehr als eine Stunde pro Woche erwerbstätig ist. Die Darstellung in Abbildung 5 bestätigt das bereits vermutete Muster. Während die in Deutschland geborenen Babyboomer die höchste Erwerbstätigenquote aufweisen, liegt die Quote bei den zugewanderten Deutschen und mehr noch bei den zugewanderten Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich niedriger. Diese Differenz ist bei den Männern mit 9 bzw. 5 Prozentpunkten zwischen den zugewanderten und den in Deutschland geborenen Babyboomern noch vergleichsweise gering. Hingegen zeigen sich gerade bei den zugewanderten ausländischen Frauen deutlich niedrigere Erwerbstätigenquoten, die auch im Kohortenvergleich weitgehend stabil bleiben. Analog dazu finden sich bei den zugewanderten Babyboomern deutlich

Abb. 5: Erwerbstätigenquote von Männern und Frauen nach Geburtskohorte und Migrationsstatus (in %)



Anmerkung: MH=Migrationshintergrund; ME=Migrationserfahrung
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012

© BiB 2014



höhere Erwerbslosenquoten, die gerade bei den Männern im Durchschnitt etwa doppelt so hoch liegen wie bei ihren in Deutschland geborenen Altersgenossen.

Neben der grundsätzlichen Beteiligung am Arbeitsmarkt spielt für die individuelle Lebensqualität und für den gesellschaftlichen Status einer Person die berufliche Stellung eine zentrale Rolle, da diese einen unmittelbaren Einfluss auf die erzielten Erwerbseinkommen hat. Auf Grundlage des Mikrozensus wird zur Analyse des beruflichen Status auf den „Internationalen Sozioökonomischen Index des beruflichen Status (ISEI)“ zurückgegriffen, der eine bestimmte berufliche Tätigkeit anhand der dafür erforderlichen Ausbildung und des durchschnittlichen zu erwartenden Einkommens auf einer Skala von 12 (Hilfsarbeitskräfte) bis 86 (Ärzte, Juristen) einordnet, um die qualitative Arbeitsmarktintegration zu messen. Die Ergebnisse in Abbildung 6 zeigen, dass die zugewanderten Babyboomer eine durchschnittlich deutlich niedrigere berufliche Stellung aufweisen als die in Deutschland geborenen Babyboomer. Während letztere einen durchschnittlichen ISEI von etwa 47 aufweisen – was der Tätigkeit von Sekretariatskräften entspricht – liegt der Vergleichswert für zugewanderte Deutsche beinahe 10 Punkte auf der ISEI-Skala niedriger – worunter beispielsweise Elektroinstallateure fallen würden. Noch niedriger

ist der durchschnittliche berufliche Status bei Ausländern, deren Wert bei 35,6 für Männer und 33,0 bei Frauen liegt. Hinsichtlich der deutlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Erwerbstätigenquote zeigen sich beim beruflichen Status geringere Differenzen. Die Ergebnisse stehen somit weitgehend im Einklang mit den oben beschriebenen Unterschieden im Qualifikationsniveau und lassen den Rückschluss zu, dass insbesondere die niedrigeren Schulabschlüsse von Migranten zur Ausübung von geringer qualifizierten Tätigkeiten führen.

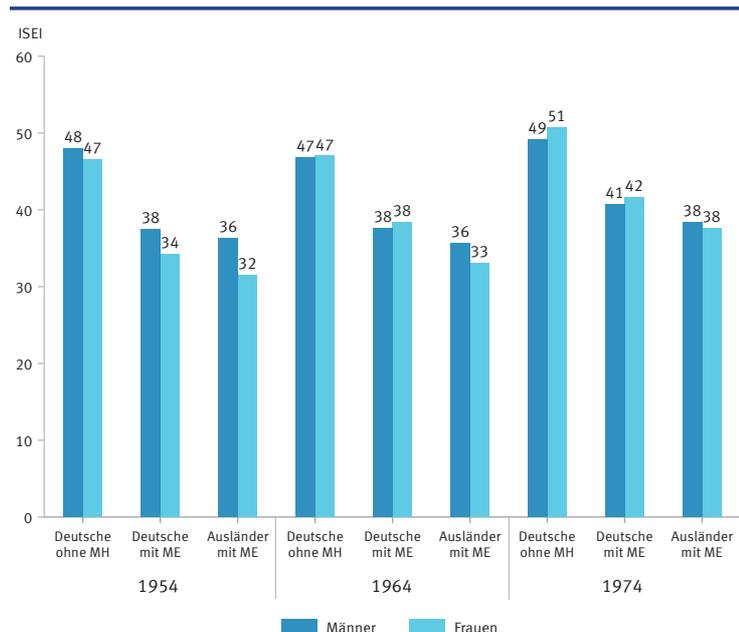
Fazit

Die Generation der im Jahr 1964 – auf dem Höhepunkt des Babybooms – geborenen Kinder hat sich im Verlauf der vergangenen fünf Jahrzehnte deutlich gewandelt: Jede sechste Person der heute in Deutschland lebenden über 1,4 Millionen 50-Jährigen wurde nicht in Deutschland geboren, sondern wanderte erst später – meist im Alter von 20 bis 30 Jahren – zu. Die ethnische Diversität der Babyboomer ist durch die Migrationsgeschichte Deutschlands zunehmend gestiegen und viele der heutigen Babyboomer verbrachten ihre Kindheit und Jugend gar nicht auf den viel zitierten überfüllten Spielplätzen, Kindergärten und Schulen in Deutschland, sondern in ihren Herkunftsländern und wurden durch die gesellschaftlichen Bedingungen dort sozialisiert. Ziel dieses Beitrags war es, eine differenziertere Antwort auf die Frage, wie es den Babyboomern denn heute im Jahr ihres 50. Geburtstags geht, zu geben.

Die empirischen Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den in Deutschland und den im Ausland geborenen Babyboomern sowohl hinsichtlich des Geburtenverhaltens als auch der sozio-ökonomischen Struktur und insbesondere der Integration in den Arbeitsmarkt. Diese Unterschiede sind einerseits die Folge der selektiven Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern als auch von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Andererseits zeigen sich hier aber auch unmittelbar die Versäumnisse der deutschen Migrations- und Integrationspolitik in den 1980er- und 1990er-Jahren.

Heute befinden sich die Angehörigen der 1964er-Babyboomer-Kohorte am Übergang von der Haupterwerbsphase in die Altersübergangsphase. Nicht nur die Belastungen für die sozi-

Abb. 6: Beruflicher Status von Männern und Frauen nach Geburtskohorte und Migrationsstatus (ISEI)



Anmerkung: gerundete Zahlen
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2012

© BiB 2014



alen Sicherungssysteme durch den bevorstehenden Ruhestandseintritt der geburtenstarken Jahrgänge, sondern auch diese Veränderungen der Erwerbsverläufe lassen eine Abnahme der zukünftigen Alterseinkünfte erwarten. Die These der Rückkehr der Altersarmut (Vogel und Motel-Klingebiel 2012) kommt somit nicht von ungefähr, sie wird aber wiederum insbesondere alleinerziehende Frauen, Langzeitarbeitslose und vor allem Personen mit Migrationshintergrund treffen, die durch die notwendigerweise Instabilität ihrer Lebensverläufe und die Schwierigkeiten der Arbeitsmarktintegration gekennzeichnet waren und noch immer sind. Noch stehen den Babyboomern gut 15 weitere Jahre der Erwerbsbeteiligung bevor. Die aufgrund des demografischen Wandels voraussichtlich steigende Nachfrage nach Arbeitskräften sollte genutzt werden, um gerade auch den im Ausland geborenen Babyboomern eine längere Erwerbsbeteiligung zu ermöglichen und nicht dem bisherigen Trend eines früheren Ausscheidens von geringer Qualifizierten aus dem Erwerbsleben zu folgen.

Literatur

Die Welt (2014):

<http://www.welt.de/kultur/article123550737/Da-geht-noch-was-fuer-unsern-staerksten-Jahrgang.html>

Jacob, Marita (2004): Mehrfachausbildungen in Deutschland. Karriere, Collage, Kompensation? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lüscher, Kurt et al. (2009): Bausteine zur Generationenanalyse. Kompendium. In: DJI Bulletin plus, 2/09, Heft 86. S.1-7

Mayer, Karl Ulrich; Hilmert, Stefan (Hrsg.) (2004): Geboren 1964 und 1971. Neuere Untersuchungen zu Ausbildungs- und Berufschancen in Westdeutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Menning, Sonja; Hoffmann, Elke (2009): Die Babyboomer – ein demografisches Porträt. DZA.

Solga, Heike; Becker, Rolf (2012): Soziologische Bildungsforschung – eine kritische Bestandsaufnahme. In: Becker, Rolf; Solga, Heike (Hrsg.): Soziologische Bildungsforschung, Sonderheft 52 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 7-43.

Statistisches Bundesamt (2011): Generationensterbetafeln für Deutschland. Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge 1896-2009. Wiesbaden

Tisch, Anita; Tophoven, Silke (2011): Erwerbseinstieg und bisheriges Erwerbsleben der deutschen Babyboomerkohorten 1959 und 1965. Vorarbeiten zu einer Kohortenstudie. (IAB-Forschungsbericht, 08/2011), Nürnberg, 45 S.

Vogel, Claudia; Motel-Klingebiel, Andreas (2012): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut? Wiesbaden: Springer VS



Rückblick

Sie sind mittendrin: Die Lebenssituation der 55- bis 70-Jährigen im Fokus.

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Prof. Dr. Norbert F. Schneider präsentieren neue Studie des BiB in der Bundespressekonferenz in Berlin zu den Potenzialen älterer Menschen

Welche Pläne und Vorstellungen haben 55- bis 70-Jährige von ihrem Leben? Wollen sie weiter erwerbstätig sein, sich zivilgesellschaftlich organisieren oder in der Familie engagieren?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Forschungsprojekts „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ des BiB, dessen Ergebnisse vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, und dem Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, am 05. November 2014 bei der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt wurden.

An der breit angelegten Studie haben rund 5.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren Auskunft über ihre Entscheidungen hinsichtlich der Gestaltung ihres „dritten Lebensalters“ gegeben.

Dr. de Maizière betonte vor allem, dass die Untersuchung ein positives Bild dieser Altersgruppe zeige. Dies gelte es zu nutzen, insbesondere im Hinblick auf die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement in der Gesellschaft in dieser Gruppe.

Prof. Schneider stellte dann die zentralen Ergebnisse der Studie vor, die als Buch mit dem Titel „Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Über-

gang in den Ruhestand“ in der Veröffentlichungsreihe des BiB „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“ neu erschienen ist.

Die zentralen Ergebnisse im Überblick:

1. Wir werden immer später alt

Ältere Menschen leben heute länger und in besserer Gesundheit als frühere Generationen, sie sind im Mittel höher gebildet und ökonomisch besser gestellt.

Der weitere Anstieg der Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten, die „gewonnenen Jahre“, verlängert das Leben nicht etwa am Ende, sondern in der Mitte. Die Ausweitung der mittleren, aktiven Lebensspanne bis weit ins siebte Lebensjahrzehnt hinein ist ein Kernmerkmal des Wandels der Lebensläufe. Ein anderes ist die wachsende Vielfalt der Lebensläufe und der Lebenslagen. Menschen altern differentiell. Die individuelle Variabilität steigt mit zunehmendem Alter und nimmt nicht etwa ab.

2. Lebensverläufe sind nicht nur natürlich, sondern auch sozial bestimmt

Lebensläufe weisen heute eine starke soziale Taktung auf. Viele soziale Institutionen organisieren das Leben anhand des chronologischen Alters (Einschulung, Volljährigkeit, Renteneintritt etc.). Gerade im höheren Alter erscheint eine derartige Taktung immer weniger geeignet Lebensübergänge zu markieren, da sie der vielfältigen Lebensrealität älterer Menschen nicht hinreichend Raum gibt.

Die bisher übliche Dreiteilung des Lebenslaufs in eine Ausbildungs-, Produktivitäts- und Ruhestandsphase löst sich immer mehr auf. Die Vorstellung von Lebensläufen in streng segmentierten, aufeinander folgenden Phasen ist überholt. Lebensläufe sind verstärkt durch ein Nebeneinander und nicht mehr durch ein Nacheinander der Aktivitäten geprägt. Auch die abrupten und meist unumkehrbaren Übergänge zwischen den einzelnen Phasen verschwinden – an ihre Stelle treten fluide Formen des Hineingleitens in und des Herausgleitens aus Lebensphasen.



Welche Lebenspläne und Potenziale haben 55- bis 70-jährige Menschen beim Übergang in den Ruhestand? Antworten auf diese Frage gibt ein neuer Band des BiB, der am 5. November 2014 in Berlin vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, und dem Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, präsentiert wurde.

(Foto: C. Fiedler, BiB)



Damit wachsen die Anforderungen, das Leben über die gesamte Lebensspanne zu gestalten. Auch ältere Menschen sehen sich zunehmend mit der Frage konfrontiert, wie sie im Ruhestand leben wollen.

3. Neues gesellschaftliches Altersbild notwendig

Dauer und Vielfalt der Lebensläufe erfordern ein neues Altersbild. Die klassische Vorstellung, wonach das (Ruhestands-)Alter mit dem Erreichen der gesetzlichen Regelaltersgrenze beginnt, ist überholt. Der Bezug einer Altersrente ist kaum noch geeignet, Aktive und Ruheständler voneinander zu unterscheiden.

Es ist an der Zeit, das stereotype Defizitmodell des Alters mit einem Kompetenzmodell zu ergänzen. Das Bild eines durch Gebrechlichkeit und sozialen Rückzug gekennzeichneten Alters trifft bestenfalls auf Hochbetagte zu.

4. Potenziale der Älteren am Arbeitsmarkt

Die Potenziale älterer Menschen zeigen sich u. a. in ihrer vergleichsweise hohen Beteiligung am Arbeitsmarkt: Jeder Zweite zwischen 55 und 70 Jahren übt eine Erwerbstätigkeit aus. Sogar im Ruhestand sind 23 Prozent der bis 70-Jährigen erwerbstätig, dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu früheren Jahrgängen.

Auch die subjektiven Absichten für eine zukünftige Erwerbsbeteiligung machen die bestehenden Potenziale sichtbar. So können sich 39 Prozent der Menschen zwischen 55 und 70 Jahren vorstellen, im Ruhestand noch einmal einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Als Motiv für eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand nennen nur vier Prozent der Befragten ausschließlich finanzielle Gründe. Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Ruheständler ist hauptsächlich aus nicht-ökonomischen

Motiven aktiv (Erhalt geistiger Fitness, Freude an der Arbeit, Kontakt zu anderen Menschen). Bei 44 Prozent der Befragten spielen sowohl finanzielle als auch nicht-ökonomische Motive eine wichtige Rolle.

5. Mehr Raum geben zur Entfaltung von Potenzialen

Den Potenzialen älterer Menschen ist mehr Raum zur Entfaltung und zur selbstbestimmten Umsetzung zu geben. Hier liegt ein Schlüssel zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels. Lebenslanges Lernen aktiv fördern und Barrieren, die einer größeren sozialen Teilhabe Älterer in Wirtschaft und Zivilgesellschaft entgegenstehen, zu senken, sind Voraussetzungen zur Förderung und zum Erhalt der Potenziale im Alter.

Daraus darf jedoch keine neue „Pflicht zur Verantwortung“ Älterer abgeleitet werden. Ebenso wenig dürfen Lebensentwürfe sozial diskriminiert werden, die auf einen traditionellen Ruhestand ausgerichtet sind. Aus „Wollen“ darf kein „Sollen“ werden.

6. Kein Hinweis auf Generationenkonflikt

Es gibt keine wissenschaftlich belegbaren Hinweise auf einen drohenden Konflikt zwischen den Generationen. Die soziale Verantwortung Älterer endet nicht mit dem Übergang in den Ruhestand. Der Großteil älterer Menschen lebt in familialen Generationenbeziehungen und unterstützt aktiv die Jüngeren.

Die beschleunigte Alterung der Gesellschaft ist in dieser Form historisch neuartig und stellt eine besondere Herausforderung, aber kein Bedrohungsszenario dar. Bei der Bewältigung der Folgen der Alterung kommt den Potenzialen Älterer eine wichtige Rolle zu.

Text: BiB



Über das Buch



Norbert F. Schneider; Andreas Mergenthaler; Ursula M. Staudinger; Ines Sackreuther (Hrsg.):
Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Eintritt in den Ruhestand (Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 46)
 Verlag Barbara Budrich, Opladen 2015
 ISBN 978-3-8474-0636-5
 ISBN 978-3-8474-0287-9 (eBook)

Der Band präsentiert aktuelle Befunde der interdisziplinären Studie „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ des BiB. Die Untersuchung ermöglicht erstmals eine detailliertere Beschreibung des Übergangs in den Ruhestand in der Altersgruppe der 55- bis 70-Jährigen im Hinblick auf die Bedingungen, Formen sowie die Entscheidung für oder gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeiten.

Eingeleitet wird die Studie von einem Überblick über das Thema. Im Anschluss werden in Kapitel 2 von **Ines Sackreuther, Jakob Schröber und Volker Cihlar** die methodischen Grundlagen der ersten Welle des Surveys vorgestellt. Hier werden die Stichprobenziehung, die Ausschöpfung, die Aufbereitung und die Gewichtung der Daten beschrieben. In Kapitel 3 widmen sich **Sonja Lippke, Juliane Strack und Ursula M. Staudinger** der Häufigkeit und der Intensität von Erwerbstätigkeit in dieser Altersgruppe. Sie zeigen, dass der Anteil erwerbstätiger Ruheständler vor allem bei den Männern hoch ist. Faktoren, die sich auf den Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit auswirken, sind die Gesundheit, der Familienstand, die Bildung und die Persönlichkeitsmerkmale. Welches Ausmaß bürgerschaftliches und familiales Engagement bei den 55- bis 70-Jährigen umfasst, untersuchen **Frank Micheel und Jürgen Dorbritz** in Kapitel 4. Sie belegen, dass ein hoher Anteil dieser Gruppe diesen Tätigkeiten regelmäßig nachgeht. Dabei weisen Männer höhere außerhäusliche Engagementquoten und -intensitäten auf als Frauen, die stärker in der Familie aktiv sind.

Haben die Älteren überhaupt die Absicht auch im (zukünftigen) Ruhestand erwerbstätig zu sein? Dieser Frage gehen **Ulrike Fasbender, Jürgen Deller, Katrin Zohr, Victoria Büsch, Carsten C. Schermuly und Andreas Mergenthaler** nach. Den Daten zufolge können sich vor allem ältere Männer vorstellen, im Ruhestand zu arbeiten. Diese Absicht wird zudem durch die subjektive Wohlfahrt, den Migrationshintergrund sowie die Gemeindegröße beeinflusst.

Wie sehr Ältere bereit sind, beim Übergang in den Ruhestand ein bürgerschaftliches Engagement aufzunehmen bzw. weiterzuführen, betrachtet **Frank Micheel**. Er zeigt, dass sich ein Drittel der Befragten vorstellen kann, in Zukunft ein Engagement aufzunehmen. Etwas mehr als jeder Fünfte ist bereit, sein derzeitiges Engagement auszuweiten.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Muster von Tätigkeiten und Übergängen sich im Survey erkennen lassen. Mit diesem Thema befassen sich in Kapitel 7 **Volker Cihlar, Sonia Lippke und Jürgen Dorbritz**. Sie identifizieren sechs Gruppen von Tätigkeitsmustern, die von wenig oder nicht Engagierten bis zu umfassend Tätigen reicht. Dabei unterscheiden sich die Gruppen vor allem nach soziodemografischen und biografischen Einflüssen.

Wie die Muster von Weiterbeschäftigungsabsichten aussehen, analysieren in Kapitel 8 **Victoria Büsch, Katrin Zohr, Michael Bruschi, Jürgen Deller, Carsten Schermuly, Christian Stamov-Roßnagel und Anne Marit Wöhrmann**. Danach lassen sich vier Typen weiterbeschäftigungswilliger Personen identifizieren, die sich hinsichtlich der Gesundheit, der Persönlichkeitsmerkmale und familialer Einflüsse unterscheiden.

Welche Rolle das formale Bildungsniveau als Indikator des Humankapitals und der betriebliche Kontext bei verschiedenen Typen von Übergängen in den Ruhestand spielen, arbeiten **Jakob Schröber, Frank Micheel und Volker Cihlar** heraus. Sie konstatieren, dass sowohl das Humankapital als auch betriebliche Strategien im Umgang mit älteren Arbeitnehmern einen Einfluss auf die Pfade in den Ruhestand haben. Welche Produktivitätsspielräume die 55- bis 70-Jährigen hinsichtlich ihrer Potenziale im Vergleich zu einer älteren Kohorte aufweisen, untersuchen **Andreas Mergenthaler, Anne M. Wöhrmann und Ursula M. Staudinger**. Dabei zeigen die Ergebnisse des Kohortenvergleichs, dass sich die gesellschaftlichen Potenziale der 55- bis 70-Jährigen in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet haben.

Welche Implikationen ergeben sich aus den Ergebnissen der Studie für die Politik, Organisationen und Unternehmen, aber auch für die älteren Menschen selbst? Mit dieser Frage beschäftigen sich **Andreas Mergenthaler und Norbert F. Schneider** im letzten Kapitel des Bandes. Sie identifizieren fünf Handlungsbereiche mit unterschiedlichen Problemstellungen und Zielen. So sollten günstigere Rahmenbedingungen für die Realisierung von Tätigkeitsabsichten geschaffen sowie die Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung weiter gestärkt werden. Dazu gelte es, geschlechtsbezogene Ungleichheiten im Lebensverlauf stärker zu reduzieren und die bessere Vereinbarkeit produktiver Tätigkeiten zu fördern. Und zu guter Letzt müsse die Vielfalt des Alters und des Alterns anerkannt werden.

Bernhard Gückel, BiB



Aktuelle Befunde zum demografischen Wandel: Informationsveranstaltung des BiB am 5. November 2014 in Berlin

Zum mittlerweile siebten Mal informierte das BiB in Berlin gut 50 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Behörden und Ministerien über aktuelle Forschungsergebnisse aus seinen Projekten. Im Fokus standen dieses Mal vier Themen: die (Erwerbs-)Potenziale Älterer, die Bedeutung von Familienleitbildern in Deutschland, die Erfahrungen und Wege von ungewollt kinderlosen Paaren in der Kinderwunschbehandlung sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Städte und Regionen in Deutschland. Abgerundet wurde das Programm mit einer Präsentation des Demografieportals des Bundes und der Länder.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Abteilungsleiter G im Bundesministerium des Innern, Dr. Jörg Bentmann. Er betonte die Bedeutung des demografischen Wandels als wichtige gesellschaftliche Herausforderung und wies auf die eingeleiteten demografiepolitischen Maßnahmen im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung hin.

Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, kündigte in seiner Begrüßungsansprache die Leitlinien bei der künftigen Ausrichtung der Forschungsarbeit des Instituts an. Dazu zählte er vor allem eine stärkere theoretische Fundierung und mehr Datenanalysen auf der Grundlage von „scientific usefiles“. Darüber hin-



Wissenschaftliche Informationen zum demografischen Wandel aus erster Hand: Zum mittlerweile siebten Mal informierte das BiB aus seinen verschiedenen Forschungsschwerpunkten über ausgewählte Aspekte der demografischen und familiensoziologischen Entwicklung wie die Potenziale Älterer oder die Frage, wie sich die demografische Entwicklung in den Regionen Deutschlands künftig darstellen wird. (Foto: C. Fiedler, BiB)

aus nannte er unter anderem eine Intensivierung europäischer Vergleiche in der Forschungsarbeit sowie erweiterte Forschungen im Lebensverlauf. Hinzu komme eine stärkere internationale Vernetzung. Insgesamt müssten die wissenschaftlichen Erträge des Instituts noch stärker in internationalen Publikationen sichtbar werden, betonte Prof. Schneider.

Produktiv im Alter: Ergebnisse der TOP-Studie des BiB

Im ersten Vortrag beleuchtete Dr. Andreas Mergenthaler Wunsch und Wirklichkeit bei der Erwerbsarbeit im Alter auf der Basis von Ergebnissen der BiB-Studie „Transitions and Old Age Potential“ (TOP). Er stellte zunächst das Forschungsdesign vor und erläuterte die Fragestellungen des Projekts. Die Auswertungen zeigten, dass es unter den 5.002 Befragten im Alter von 55 bis 70 Jahren eine relativ hohe Erwerbsbeteiligung, insbesondere im Ruhestand, gibt. Dabei hätten Männer über alle Altersgruppen hinweg eine höhere Erwerbsbeteiligung als Frauen, so Dr. Mergenthaler. Was die Arbeitszeit betreffe, so finde Erwerbsbeteiligung im Ruhestand typischerweise in Teilzeit statt. Bei der Absicht, auch im Ruhestand einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ließen sich keine Unterschiede nach Geschlecht beobachten. Allerdings seien Erwerbstätigkeit und -absicht im Ruhestand abhängig von den individuellen Ressourcen, wie z. B. dem gesundheitlichen Zustand sowie den betrieblichen Rahmenbedingungen. Im Zeitvergleich der Jahre 2013 und 2014 zeige sich, dass vier von fünf Ruheständlern ihre Erwerbstätigkeit binnen Jahresfrist reduziert hatten bzw. sie ganz aufgaben. Nur eine Minderheit erhöhte ihren wöchentlichen Arbeitsumfang. Die zweite Erhebungswelle der Studie TOP, die für das Jahr 2015 geplant ist, kann Antworten zu den Ursachen der Dynamik der Erwerbsbeteiligung Älterer liefern.

Leitbilder der Elternschaft in Deutschland

Welchen Stellenwert genießen Familie und Kinder in Deutschland? Gibt es Leitbilder, die Einfluss nehmen auf die Familienplanung und Geburtenentwicklung in Deutschland? Diese Fragen untersuchte Kerstin Ruckdeschel auf der Basis der BiB-Studie „Familienleitbilder in Deutschland“. Sie stellte zunächst das Leitbild-Konzept



vor und betonte, dass es sich dabei sowohl um ein individuelles als auch ein gesellschaftliches Phänomen handle. Die Ergebnisse zeigten, dass für die überwiegende Mehrzahl der Befragten Kinder zum Leben dazu gehören und einen hohen Stellenwert genießen. Damit stelle sich die Frage, warum trotzdem in Deutschland relativ wenige Kinder geboren würden. Es zeigt sich, dass die eigenen und wahrgenommenen Ansprüche an Eltern so hoch sind, dass dies eine Hemmschwelle zur Familiengründung und -erweiterung darstellen kann. In der Altersgruppe der 20- bis 39-jährigen Deutschen herrscht große Einigkeit bei der Meinung, dass Eltern bei der Erziehung vieles falsch machen können und sich „daher gut informieren müssen“. Dies stellt einerseits einen Anspruch dar, den junge Menschen an sich selbst stellen (84 %), den sie aber auch als gesellschaftliche Anforderung an Eltern wahrnehmen (83 %). Dagegen gebe es beispielsweise eine deutliche Diskrepanz zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Leitbildern, was die Berufstätigkeit von Müttern von unter 3-jährigen angehe: So vertrauen 15 % der Befragten die persönliche Meinung, dass es für Kinder unter 3 Jahren das Beste ist, wenn sie nur von der Mutter betreut werden. Als gesellschaftliche Meinung hingegen nehmen 57 % diesen Anspruch wahr. Somit gab es insbesondere bei der Einstellung zur Fremdbetreuung große Diskrepanzen zwischen der persönlichen und gesellschaftlichen Ebene.

Damit stelle sich aus gesellschaftspolitischer Sicht die Frage, wie man den wahrgenommenen gesellschaftlichen Druck auf die Eltern mindern könne, um Elternschaft attraktiver zu machen. Die detaillierten Ergebnisse der Studie werden Anfang 2015 in einem Band der BiB-Reihe „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“ veröffentlicht. Zudem sei 2015/2016 eine zweite Erhebungswelle geplant, um Kausalitäten noch besser aufdecken zu können, kündigte sie an.

Immer späterer Wunsch nach Kindern

Immer mehr Paare wünschen sich in einem höheren Lebensalter Kinder. Da die natürliche Fertilität mit dem Alter der Frau und des Mannes abnimmt, gewinnt die medizinisch assistierte Kinderwunschbehandlung an Bedeutung. Aus diesem Grund untersucht das BiB in Kooperation mit der Universitätsmedizin Mainz und der EH Darmstadt im Rahmen einer Längsschnittbefragung mit dem Projekt „Paare in Kinderwunsch“ (PiK) die Wege

von ungewollt kinderlosen Paaren in die Kinderwunschbehandlung sowie deren Erfahrungen. Jasmin Passet-Wittig stellte das Konzept sowie erste Ergebnisse der Studie vor. Die Analysen zeigten, dass es eine Vielfalt an Zielgruppen gibt. Insgesamt konnten fünf „Typen“ von Kinderwunschpaaren identifiziert werden, die sich in jeweils unterschiedlichen Lebensphasen befinden. So seien nicht nur ältere, sondern auch jüngere Paare betroffen. Letztere weisen einen eher niedrigen sozioökonomischen Status auf. Allen gemeinsam sei ein ausgeprägter Kinderwunsch, der andere Lebensziele wie Ausbildung/Beruf oder Kontakte und Freundschaften dominiere. Die hohen Behandlungskosten stellen indes ein wichtiges Thema für die Betroffenen dar, das manche Paare belastet. Erschwerend komme hier hinzu, dass 19 % der in der gesetzlichen Krankenkasse versicherten Frauen die Bedingungen für eine Kostenübernahme durch die Kasse nicht erfüllten, bei den Männern sind es 10 %, betonte Frau Passet-Wittig. Für das kommende Jahr steht die Auswertung der Wiederholungsbefragung an. Unter anderem soll erforscht werden, wie die Paare mit Erfolg bzw. Misserfolg im Lauf der Therapie umgehen.

Renaissance der Städte – Zukunft der Dörfer?

Wie sich die demografischen Problemgebiete in Deutschland und Europa hinsichtlich des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung entwickeln werden, präsentierte Frank Swiaczny in seinem Beitrag. Er wies darauf hin, dass der natürliche Saldo aus Geburten und Sterbefällen in der Mehrzahl der deutschen Kreise in Folge der dauerhaft niedrigen Fertilität negativ sei. Damit hebe sich Deutschland im europäischen Vergleich deutlich ab. Insgesamt gebe es in Deutschland eine großflächige Konzentration von Regionen mit einem natürlichen Bevölkerungsdefizit und gleichzeitigen Abwanderungsüberschüssen. In diesen Regionen sind bereits heute rückläufige Bevölkerungszahlen die Regel. In der Gesamtschau zeigt sich ein Nebeneinander von Bevölkerungswachstum und Schrumpfung. So erreichten in Ostdeutschland neben Berlin und seinem Umland fast nur die größeren Städte noch ein punktuell Wachstum. Seit der Wiedervereinigung haben die ostdeutschen Kreise mit wenigen Ausnahmen deutlich an Bevölkerung verloren. In den westdeutschen Kreisen hätten vor allem die strukturschwachen und peripheren Kreise Bevölkerung eingebüßt. Die Prognosen des BBSR zeigten, dass sich



der Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2030 auf weitere westdeutsche Kreise ausdehnen werde, so Swiaczny.

Bei der Alterung ergebe sich jedoch ein etwas anderes Bild. So seien gegenwärtig die regionalen Unterschiede des Verhältnisses von Menschen im Rentenalter zur Bevölkerung im Erwerbsalter (der sog. Altenquotient) noch vergleichsweise gering. Dies werde sich nach den Zahlen des BBSR bis 2030 allerdings ändern und vor allem die Kreise in Ostdeutschland würden sehr schnell altern. Somit führe der demografische Wandel bis 2030 zu einer Zunahme der räumlichen Disparitäten bei Bevölkerungsentwicklung und Alterung sowohl zwischen den Regionen als auch den Kernstädten und ihrem Umland.

Bei den Binnenwanderungsbewegungen hat sich im Zeitraum zwischen 1995 und 2011 in Deutschland ein grundlegender Wandel vollzogen. So gebe es nun in den Großstädten Bevölkerungszuwächse vor allem durch den Zuzug der 18- bis 30-Jährigen, während in den übrigen suburbanen und ländlichen Raumkategorien die Wanderungsgewinne im weiteren Lebenszyklus stark zurückgehen. Diese Tendenz zeige sich in Ostdeutschland noch stärker. Die künftige Entwicklung sei hier allerdings schwer abzuschätzen. Nach einer Berechnung des BiB müsse aber davon ausgegangen werden, dass Bevölkerungsrückgänge vor allem nach 2030 weiter an Intensität zunehmen und bis 2060 die Mehrzahl der Kreise betreffen werde, wenn die derzeitige Präferenz für die Städte weiter anhalte. Die Ursachen der regionalen Bevölkerungsdynamik, die in den betroffenen Regionen große Herausforderungen darstellen, ließen sich dabei kurz- und mittelfristig kaum durch politische Maßnahmen beeinflussen, betonte Swiaczny.

Das Demografieportal des Bundes und der Länder als

Medium zur Information, Diskussion und zum aktivem Handeln

Seit 2012 informiert das im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung eingerichtete Demografieportal des Bundes und der Länder umfassend über den demografischen Wandel und den Umgang mit seinen Folgen. Im letzten Beitrag des Tages präsentierte Yvonne Eich Aufbau und Funktionen des Portals. Ziel des Internetangebotes sei es, durch die Bereitstellung von demografischen Daten und Fakten zu informieren und zu einem gesellschaftlichen Dialogprozess über demografische Themen anzuregen. Dabei gehe es auch ums Handeln, betonte Frau Eich. So werden aktuelle Praxisbeispiele und Handlungshilfen zum demografischen Wandel vorgestellt und Ansprechpartner auch auf regionaler Ebene genannt. Wichtig sei der Ansatz, dass das Portal die Informationen ebenenübergreifend – also nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf der Ebene der Länder und Kommunen – zusammentrage und beschreibe. Das Portal erfüllt somit eine Schnittstellenfunktion und möchte einen Beitrag für eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure der Demografiepolitik leisten. Wie das im konkreten Fall aussieht, zeigte Frau Eich in einer Live-Präsentation, in der am Beispiel der Rubrik „Informieren“ eigene Statistiken und Berichte der Ressorts und am Beispiel der Rubrik „Handeln“ Inhalte der Länder und Kommunen dargestellt wurden. Umfangreiche Verlinkungen zum Portal auf Internetangebote des Bundes, der Länder, der Kommunen und Verbände wie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund zeigen, dass das Angebot ebenenübergreifend wahrgenommen wird. Die Vorteile des Portals lägen vor allem in der Vielfalt und Vernetzung des Angebots mit den unterschiedlichsten Partnern. So könne eine Kommunikation mit den unterschiedlichsten Zielgruppen ermöglicht werden, beispielsweise über den „You Tube“-Kanal des Demografieportals.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Vorträge

Prof. Dr. Norbert F. Schneider:

Stress und Überforderung in der Rushhour des Lebens?

Mit dem Begriff „Rushhour des Lebens“ wird seit geraumer Zeit die Lebensspanne zwischen 25 und 40 Jahren bezeichnet, in der junge Menschen in ihrem Lebenslauf besonderen Anforderungen und Belastungen ausgesetzt sind. Welche Merkmale diese Lebensphase kennzeichnen und wie sie zu bewerten ist, analysierte **Prof. Dr. Schneider** in seiner Keynote beim Schufa-Themenabend mit dem Titel „Die Rushhour des Lebens – Vereinbarkeit von Familie, Arbeit und Lebensqualität“ am 26. November 2014 in Berlin.

Kennzeichnend für diesen Lebensabschnitt ist vor allem ein Zusammenspiel von Verdichtung und daraus resultierender Überforderung in Beruf und Privatleben, so dass mittlerweile auch von der „überforderten Generation“ gesprochen werde, so Prof. Schneider. Tatsache sei, dass diese Lebensphase vor allem bei den Lebensläufen von Akademikerinnen und Akademikern zunehmend typisch werde. Dies gelte aber nicht für die Lebenssituation einer ganzen Generation. Die Rushhour sei nämlich kein generelles Phänomen, da sie nur bei einem kleineren, aber wachsenden Teil der jungen Generationen auftrete. Wie groß dieser sei, lasse sich nicht exakt quantifizieren, aber man könne von einer Größenordnung zwischen 30 und 40 Prozent ausgehen. Die Rushhour des Lebens ist in erster Linie Bestandteil des Lebens von Akademikerinnen und hier besonders bei jenen, die nach ihrem Studienabschluss beruflich vorankommen wollen. Hier komme es oftmals zu Zeitdruck, weil sich Karriere nur schlecht mit Teilzeit, Auszeiten und geringer Präsenz am Arbeitsplatz verträglich. Somit werden Kinderwünsche in ein höheres Alter aufgeschoben, bis am Ende der wiederholte Aufschub in dauerhafte Kinderlosigkeit münde, betonte Prof. Schneider.

Welchen Beitrag können Politik und Gesellschaft liefern, um die Situation für die Betroffenen zu verbessern? Vor allem müssten den jungen Menschen der Erwartungsdruck genommen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen angeboten werden, die besser auf die Belange in ihrer Lebenssituation ausgerichtet sind. Hier seien vor allem die Arbeitgeber gefordert, die mehr Spielräume einräumen sollten. Zudem müssten Studium und El-

ternschaft besser vereinbar werden. Aus historischer Perspektive müsse man konstatieren, dass verdichtete Lebensphasen keineswegs ein neues Phänomen seien. Insgesamt könne im Ausmaß der Belastungen auch nicht durchgängig von einer flächendeckenden Überforderung gesprochen werden. Die These der Rushhour des Lebens ist aber für ein besseres Verständnis der besonderen Vereinbarkeitsproblematik von jungen Akademikerinnen und Akademikern geeignet, die sich in einer Partnerschaft befinden und diese nach dem Modell zweier Hauptverdiener gestalten wollen, resümierte der Soziologe.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider:

Immer weniger, immer später? –

Zur Fertilitätsentwicklung in Deutschland

Bei der Veranstaltung „Familienplanung. Ja! Aber?“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung am 30. Oktober 2014 in Berlin hat sich **Prof. Dr. Schneider** in seinem Vortrag mit der Entwicklung der Fertilität in Deutschland befasst und dabei Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt, wie das seit Jahrzehnten niedrige Geburtenniveau beeinflusst werden kann. Er beschrieb zunächst die wesentlichen Merkmale der generativen Strukturen in Deutschland, die sich vor allem durch eine langfristig weiter rückläufige Zahl an Geborenen und einen hohen Anteil dauerhaft kinderloser Frauen auszeichneten. Für Deutschland sei zudem ein negativer Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss der Frau und ihrer endgültigen Kinderzahl charakteristisch. Desweiteren zeige sich ein steter Anstieg des Alters bei der Familiengründung. Ursache hierfür seien vor allem kulturelle Faktoren. So zeigten Untersuchungen des BiB zum Einfluss von Familienleitbildern, dass es starke Bedürfnisse nach Sicherheit und Vorhersehbarkeit als wichtige Grundvoraussetzungen für Elternschaft gebe. Dazu lasse sich eine Norm der verantworteten Elternschaft als Leitbild nachweisen, die neben partiell modernisierten Geschlechterrollen zu einer verspäteten Familiengründung beitrage.

Als erschwerend für eine Elternschaft erweise sich auch die Erkenntnis, dass es in Deutschland keine positiv besetzten Leitbilder der Mutterrolle gebe. Sie wer-



de stets negativ konnotiert. Wie lässt sich dieser Trend der Niedrigfertilität positiv beeinflussen? In erster Linie durch egalitäre Geschlechterverhältnisse, ein gut ausgebautes öffentliches Schul- und Betreuungsangebot sowie ein ausreichendes Angebot an flexiblen Beschäftigungsverhältnissen, betonte der Soziologe. Er wies zugleich darauf hin, dass es in Deutschland in besonderem Maße erhebliche regionale und sozialstrukturelle Divergenzen der generativen Strukturen gebe. Diese Entwicklung sei weder Zufall noch Schicksal, sondern die Folge der kulturellen und strukturellen Verhältnisse. Um den demografischen Wandel zu bewältigen, sei die Erleichterung der Familiengründung eine zentrale politische Aufgabe in Deutschland. Dabei könnten Fertilitätsentscheidungen durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durchaus indirekt beeinflusst werden.

Dr. Jürgen Dorbritz:

Deutschland und Japan: Ein demografischer Vergleich

Prognosen zufolge wird die japanische Gesellschaft bis zum Jahr 2060 um ein Drittel schrumpfen. Zudem leidet die Wirtschaft zunehmend an der Überalterung der japanischen Gesellschaft. Schneller noch als Deutschland muss sich Japan den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen. Wo liegen die Gründe für den rasanten Bevölkerungsrückgang in Japan? Wie geht Japan mit dem demografischen Wandel um? Welche Pa-



Wie unterscheiden sich Deutschland und Japan aus demografischer Sicht? Dr. Jürgen Dorbritz zeigte in seinem Vortrag, dass beide Länder mit den gleichen demografischen Herausforderungen einer alternden Bevölkerung und niedrigen Geburtenraten kämpfen. In Japan schreitet der Prozess allerdings noch rascher voran als in Deutschland. (Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung)

rallelen bestehen zur demographischen Entwicklung in Deutschland? Und was kann Deutschland von der japanischen Bevölkerungspolitik lernen?

Die demografischen Situationen in Deutschland und Japan sind ähnlich und unterschiedlich zugleich. Für beide Länder ist kennzeichnend, dass die demografische Alterung auf der Grundlage einer hohen und weiter steigenden Lebenserwartung und einer niedrigen Geburtenrate schnell voranschreitet, betonte **Dr. Jürgen Dorbritz** beim Politischen Bildungsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30. Oktober 2014 in Hamburg.

Der Alterungsprozess in Japan ist aber weiter vorgeschritten, da die Lebenserwartung höher ist und der Babyboom in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg früher begonnen hatte und eine höhere Dimension erreichte. Daher werden die Babyboomer früher und zahlreicher in das Rentenalter eintreten. Hinzu kommt, dass Japan kaum Zuwanderung zulässt und damit zunächst die Alterung abfedernden Effekte entfallen.

Darüber hinaus bestehen weitere Unterschiede insbesondere beim generativen Verhalten. Der auffälligste von ihnen ist die starke Verknüpfung von Ehe und Geburt der Kinder. Während sich in Deutschland dieser Zusammenhang lockert, sind in Japan nur ca. 2 % der Frauen bei der Geburt ihrer Kinder nicht verheiratet. Die Erstheiratshäufigkeit ist in Japan höher als in Deutschland. Wer aber nicht heiratet, bleibt auch kinderlos. Ehe- und Kinderlosigkeit ist in Japan negativ besetzt, während dies in Deutschland eine breite soziale Akzeptanz findet.

Dr. Martin Bujard: Demografischer Wandel in Deutschland und wie man ihn gestalten kann

Wie lassen sich die Folgen des demografischen Wandels gestalten? Dieser Frage ging **Dr. Martin Bujard** bei seinem Vortrag im Rotary Club Wiesbaden am 5. November 2014 nach. Dabei warf er zunächst einen Blick auf die Entwicklung des Geburtenniveaus und die Folgen des seit längerem andauernden Geburtenrückgangs in Deutschland. Die Ergebnisse der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes belegten, dass für die Zukunft von einem erheblichen Anstieg des Anteils Älterer ausgegangen werde. Für das Rentensystem ergebe sich daraus, dass eine Anpassung an die demografischen Gegebenheiten erfolgen müsse. Diese geschehe bereits, indem an verschiedenen Stellschrauben gedreht werde. So sei ein Anstieg des



Rentenbeitragssatzes bis 2035 zu erwarten, während zugleich das Rentenniveau durch den eingeführten Demografiefaktor langfristig absinken werde. Umgesetzt sei bereits die Anhebung des formellen Ruhestandsalters auf 67 Jahre bis 2031 für die Jahrgänge ab 1964. Hinzu komme ein wachsender Steueranteil bei der Rente, etwa durch Steuerzuschüsse wie beispielsweise die Ökosteuern. Positiv wirkten sich auch die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit sowie der Rückgang der Arbeitslosigkeit aus. Insgesamt werde sich die zunehmende demografische Alterung sowohl in der Wirtschaft als auch im politischen System bemerkbar machen, betonte Dr. Bujard. Die Folgen einer langfristigen Schrumpfung wurden ebenfalls diskutiert, sie sind vielfältig: Sie würde sich von Region zu Region erheblich unterscheiden, den Ressourcenverbrauch entlasten und das deutsche Gewicht in den internationalen Beziehungen und in der EU verändern. Im Unterschied zur Alterung ist eine Schrumpfung der Bevölkerungsgröße bis 2060 jedoch nicht sicher und abwendbar.

Hier stelle sich nun die Frage, ob und inwieweit die Familienpolitik Einfluss auf die Geburtenrate nehmen könne, um die Folgen des Wandels abzumildern. Dabei gebe es zwei Positionen: zum einen die These, dass sich die Geburtenrate ähnlich wie das Wirtschaftswachstum politisch steuern lasse und zum anderen die Meinung, dass sie sich politisch eben nicht beeinflussen lasse. Paare entschieden sich nämlich in erster Linie aus individuellen Werten und Motiven für ein Kind. Welche Position richtig liege, lasse sich nicht ohne weiteres beantworten, da die Wirkung von Familienpolitik in einem größeren Zeithorizont zum Tragen komme. Dabei gehe es nicht um einzelne Maßnahmen, sondern um das Zusammenspiel mehrerer Instrumente, deren Wirkung erst nach vielen Jahren sichtbar werde. Hinzu komme, dass die Familienpolitik die Lebensentwürfe junger Menschen mit beachten müsse, zumal in erster Linie kulturelle Faktoren und der Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle bei der Entscheidung für ein Kind spielten und weniger familienpolitische Maßnahmen.

Dr. Martin Bujard: Die Folgen eines Kinderwahlrechts für die Zusammensetzung der Wählerschaft

Als Folge des demografischen Wandels wird es künftig immer weniger junge Wählerinnen und Wähler geben, während zugleich die Zahl der älteren Wahlberechtig-

ten weiter steigen wird. Dies hat Folgen für das Wahlverhalten und die Gestaltungsmöglichkeiten für Politik. Das Thema Kinderwahlrecht wird seit dem Vorschlag des Bundespräsidenten Roman Herzog heftig diskutiert – jüngst hat sich die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig dafür ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund präsentierte **Dr. Martin Bujard** am 5. November 2014 Analysen zu den demografischen *Folgen* eines Kinderwahlrechts bei der Tagung der Landeszentrale für Politische Bildung und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart zum Thema „Politische Partizipation im demografischen Wandel“. Dabei diskutierte er zwei mögliche Varianten: zum einen die Herabsetzung des Wahlalters auf 16, 14 oder 12 Jahre und zum anderen die Einführung eines Stellvertreterwahlrechts durch die Eltern. Dabei gebe es sowohl innerhalb der Parteien als auch in der wissenschaftlichen Diskussion Befürworter eines vollen Kinderwahlrechts von Geburt an. Als Kritik an diesem Konzept verwies Dr. Bujard vor allem auf die im Grundgesetz verankerten Prämissen Höchstpersönlichkeit und Gleichheit der Wahl. Zudem stelle sich die Frage, wer letztlich das Wahlrecht ausübe – die Eltern oder das Kind? Auf jeden Fall würde sich ein Kinderwahlrecht auch aus demografischer Sicht bemerkbar machen. So würde etwa das Medianalter der Wählerschaft, das bis 2060 von 50 auf 58 Jahre steigen wird, bei der Einführung des Kinderwahlrechts je nach Variante von 0,5 bis zu 6 Jahren sinken. Beim Modell der stellvertretenden Elternwahl gäbe es eine gravierende Änderung der Altersstruktur: Die 40-Jährigen dominierten in diesem Fall und das Elektorat würde weiblicher, betonte Dr. Bujard. Zudem hätte ein Kinderwahlrecht auch konkrete Auswirkungen auf das Ergebnis der Bundestagswahl. So lasse sich am Beispiel der Bundestagswahl 2013 zeigen, dass ein Absenken der Altersgrenze des Wahlrechts die Grünen stärken und die CDU/CSU schwächen würde. Hätte es bei der Bundestagswahl 2005 ein Stellvertreterwahlrecht für Kinder gegeben, wäre die Wahl anders ausgefallen, analysierte der Politologe.

Das BiB beim 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 6. bis 10. Oktober 2014 in Trier

Bei der viertägigen Tagung zum Thema „Routine der Krise – Krise der Routine“ in Trier präsentierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des BiB aktuelle Forschungsergebnisse aus laufenden Projekten:



Stine Waibel (in Zusammenarbeit mit Andreas Ette, Dr. Heiko Rüger, Prof. Dr. Wolfgang Lauterbach, Prof. Dr. Norbert F. Schneider):

Transnationale Bildungsmigration und die Konsequenzen für den beruflichen Werdegang

So untersuchte **Stine Waibel**, ob bildungsbezogene befristete Auslandsaufenthalte Jugendlicher und junger Erwachsener (auch als transnationale Bildungsmigration bezeichnet) durch den Erwerb zusätzlicher Kompetenzen sowie eine positive Signalwirkung auf dem Arbeitsmarkt die Chancen auf beruflichen Erfolg verbessern. Stine Waibel interessierte auch, ob sich die Effekte von Bildungsmigration erst später im Lebensverlauf zeigen. Auf der Basis des Datensatzes „Arbeiten und Leben im Wandel“ (ALWA) konnte sie einen signifikanten Zusammenhang zwischen Bildungsmigration und dem Berufsstatus sowohl kurz nach dem Bildungsabschluss als auch einige Jahr danach nachweisen. In den Folgeuntersuchungen sei es wichtig, die Befunde nach Geschlecht, der Form und Dauer der Bildungsmigration sowie den Kohorten zu differenzieren, um auch die komplexeren Zusammenhänge offenlegen zu können.

Stine Waibel (in Zusammenarbeit mit Dr. Heiko Rüger, Silvia Ruppenthal, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Brenton Wiernick):

Gestiegene Mobilitätsanforderungen und die Folgen für die Familie

In einem weiteren Vortrag betrachtete **Frau Waibel**, ob hochmobile Arbeitnehmer wie Diplomaten sowie ihre mitziehenden Partner über bestimmte Kompetenzen und Einstellungen verfügen, welche die umzugsbedingten Belastungen für das Familienleben kompensieren können. Dabei richtete sie den Blick auch auf einen bisher wenig beachteten Aspekt, nämlich auf die Frage, wie sich die Mitglieder hochmobiler Familien in ihren Kompetenzen und Einstellungen zur berufsbedingten Mobilität wechselseitig beeinflussen. Aufbauend auf dem Konstrukt der Selbstwirksamkeitsüberzeugung von Individuen (also das subjektive Vertrauen in die eigenen Kompetenzen im Umgang mit intensiver Mobilität) zeigte sie mit-

hilfe der Daten der BiB-Studie „Mobilitätskompetenzen im Auswärtigen Dienst“ zunächst, dass vor allem Sprachkenntnisse und die soziale Unterstützung vor Ort mit einer hohen Selbstwirksamkeit zusammenhängen. Sie stellte dann heraus, dass vor allem die hohe Selbstwirksamkeitsüberzeugung des mitziehenden Partners dabei hilft, die Wahrnehmung von Konflikten zwischen Mobilität und Familie beider Partner zu verringern.

Dr. Heiko Rüger: Formen, Verbreitung und gesundheitliche Folgen arbeitsbedingter räumlicher Mobilität

Berufsbedingte räumliche Mobilität ist in den Ländern Europas weitverbreitet, wobei besonders Deutschland zu den Ländern mit einer erhöhten Mobilitätsdynamik zählt. Welche Formen von Mobilität es gibt, wie häufig sie vorkommen sowie welche Folgen sie für die Gesundheit der Betroffenen haben können, untersuchte **Dr. Heiko Rüger** beim 12. BGF-Symposium des Instituts für Betriebliche Gesundheitsförderung am 12. November 2014 in Köln. Auf der Basis der europäischen Studie zu „Job Mobilities and Family Lives in Europe“ zeigte er unter anderem, dass es deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen soziodemografischen und betrieblichen Gruppen hinsichtlich des Mobilitätsverhaltens gibt. Dabei sei Mobilität per se zunächst nicht belastend, entscheidend sei hier aber die Form, die Freiwilligkeit sowie die Intensität und Dauer der Mobilität. So berge insbesondere das tägliche Fernpendeln das Risiko von Gesundheitsbeeinträchtigungen. Wenn Personen unfreiwillig mobil seien, habe dies deutlich negativere gesundheitliche Auswirkungen für Gesundheit und Wohlbefinden – im Gegensatz zu Personen, die freiwillig mobil seien, betonte Dr. Rüger. Es sei bereits heute sinnvoll, im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung zu handeln, um die Belastungen der Mobilität für die Arbeitnehmer zu minimieren. Darüber hinaus bestehe im Bereich mobiler Arbeit mit wechselnden Arbeitsorten und Auswärtsübernachtungen weiterer Forschungsbedarf.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Neue Publikationen aus dem BiB

Gabriele Doblhammer (Hrsg.): Health among the Elderly in Germany. New Evidence on Disease, Disability and Care Need (Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 46)

Aus welchen Gründen leben manche Menschen länger und gesünder und andere nicht? Welche Einflüsse und Faktoren wirken sich auf ein langes Leben und den Gesundheitszustand aus? Gibt es Unterschiede bei der Lebenserwartung und dem Gesundheitsstatus im Vergleich zwischen Deutschen und Migranten und warum? Diese Fragen stehen im Zentrum des Bandes, der einen Beitrag zur Diskussion über Trends und Muster der Gesundheit Älterer in Deutschland liefern möchte.

Dabei stehen drei Themen im Mittelpunkt: Erstens die Identifizierung von Unterschieden zwischen sogenannten „Vorreitern“ mit einem idealen gesundheitlichen Zustand im Alter und Menschen in schlechter gesundheitlicher Verfassung; zweitens die sozialen und verhaltensbedingten Faktoren, die sich auf den Gesundheitszustand auswirken sowie drittens die gesundheitlichen Unterschiede zwischen Migrantengruppen.

Das Themenspektrum des Bandes ist in drei Gruppen unterteilt. So befassen sich die ersten drei Artikel mit den Themen Behinderung, Demenz und subjektive Gesundheit.

Behinderungen

Zunächst betrachten **Alexander Barth**, **Gabriele Doblhammer** und **Dorly J.H. Deeg** am Beispiel des Schlaganfalls, worin die Ursachen liegen, dass die Folgen dieser Erkrankung in den europäischen Ländern mehr oder weniger gravierend in die Lebenserwartung und den Gesundheitszustand der Erkrankten eingreifen. Sie kommen zu dem Schluss, dass hier vor allem die nationalen Gesundheitssysteme der jeweiligen Länder eine wichtige Rolle spielen. Es zeigt sich nämlich, dass ein Schlaganfall überwiegend in Südeuropa gravierende Behinderungen zur Folge hat. In West- oder Nordeuropa ist dies hingegen deutlich seltener der Fall.

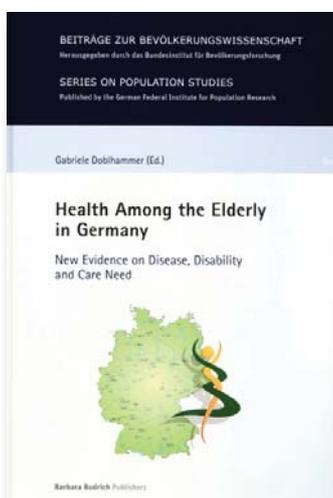
Wie die Häufigkeit von Demenz in Deutschland verteilt ist, untersuchen **Gabriele Doblhammer**, **Thomas Fritze** und **Stefan Teipel**. Sie konstatieren große regionale Unterschiede bei der Verbreitung der Krankheit und belegen, dass die Häufigkeit des Auftretens von Demenz in hohem Maße korreliert mit der räumlichen Verteilung von Risikofaktoren für Herz und Kreislauf wie Bluthochdruck oder Diabetes.

Andreas Mergenthaler beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Frage, bis zu welchem Grad der positive Effekt von ehrenamtlicher Arbeit auf die Gesundheit von den Gegebenheiten des sozialen Umfeldes, in dem der ehrenamtlich Tätige lebt, abhängt. Dabei untersucht er sowohl die subjektive Gesundheit als auch Symptome depressiver Erkrankung. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass ehrenamtliche Arbeit positive Gesundheitseffekte für das Individuum hat, modifizierende Effekte der Nachbarschaft auf die Gesundheit lassen sich allerdings nicht nachweisen.

Langzeitbetreuung in Deutschland

Im Mittelpunkt der zweiten Gruppe von Beiträgen richtet sich der Blick auf die Situation der Langzeitbetreuung in Deutschland.

Welchen Einfluss der Bildungsgrad auf das Vorkommen und die Prävalenz für Langzeitbetreuung haben, betrachtet **Olga Grigorieva**. Sie geht von der Hypothese aus, dass Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau eine größere Anfälligkeit und Prävalenz für Langzeitpflege aufweisen als Menschen mit einem höheren Bildungsgrad. Wie vermutet bestätigen die Analysen, dass Männer und Frauen mit niedrigerer Bildung ein deutlich größeres Risiko haben (und zwar sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland) ein Betreuungsfall zu werden als die höher Gebildeten.



Das Buch:
 Gabriele Doblhammer (Hrsg.):
 Health among the Elderly in Germany.
 New Evidence on Disease, Disability
 and Care Need (Beiträge zur Bevölkerungs-
 wissenschaft, Band 46)
 Verlag Barbara Budrich 2015
 ISBN 978-3-8474-0606-8
 eISBN 978-3-8474-0288-6



Welche räumlichen Disparitäten es bei Langzeitbetreuungsfällen in Deutschland gibt und wie sich Faktoren wie die sozioökonomische Zusammensetzung, der Urbanisierungsgrad und die Struktur der Gesundheitsversorgung auf die Verteilung auswirken, analysiert **Daniel Krefl**. Er geht davon aus, dass eine hohe Lebenserwartung in einer Region einhergeht mit einer großen Zahl von gesunden Jahren ohne Einschränkungen. Dieser Zusammenhang lässt sich stärker in West- als in Ostdeutschland beobachten. Die Ergebnisse seiner Analysen deuten auf eine signifikante Beziehung zwischen der Verteilung des Gesundheitszustands sowie der sozioökonomischen Lage und Zusammensetzung, dem Urbanisierungsniveau und der Struktur der Gesundheitsversorgung hin.

Mit dem Übergang zur Langzeitbetreuung nach einer diagnostizierten Demenzerkrankung befasst sich **Anne Fink**. Sie stellt die Frage, inwieweit es einen Unterschied für den weiteren Krankheitsverlauf des Patienten macht, wenn ein Allgemeinmediziner oder ein Neurologe/Psychologe die Krankheit diagnostiziert. Bisherige Studien haben nämlich gezeigt, dass Allgemeinmediziner Medikamente gegen die Folgen von Demenz deutlich weniger häufig einsetzen als Neurologen. Zudem waren sie auch weniger gut informiert über Behandlungsalternativen. Überraschenderweise zeigen die Ergebnisse auf der Basis von Daten der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) in Deutschland, dass die Patienten, die Anti-Demenz-Medikamente bekamen, ein höheres Risiko hatten, Langzeitpflegefälle zu werden. Es bestätigte sich in der Analyse, dass Demenzkranke, die von einem Neurologen/Psychologen behandelt wurden, ein signifikant geringeres Risiko hatten, ein Langzeitpflegefall zu werden – im Gegensatz zu jenen, die vom Allgemeinmediziner therapiert wurden. Eine der Ursachen hierfür könnte unter an-

derem darin liegen, dass die Krankheit von Neurologen frühzeitiger erkannt wird.

Aspekte der Lebenserwartung und des Gesundheitszustands von Migranten in Deutschland

Die dritte Gruppe von Beiträgen widmet sich dem gesundheitlichen Zustand von Migranten in Deutschland. In der ersten Untersuchung von **Marie Carnein, Nadja Milewski, Gabriele Doblhammer** und **Wilma J. Nusselder** richtet sich der Blick zunächst auf die Lebenserwartung und den Gesundheitszustand von türkischen Migranten in Deutschland im Vergleich zur deutschen Bevölkerung. Ihre Analyse weist auf signifikante Unterschiede hinsichtlich Geschlecht und Nationalität bei der Frage nach der verbleibenden Lebenserwartung und dem gesundheitlichen Zustand hin. So war zwar die Lebenserwartung bei den türkischen Männern und Frauen höher als bei den deutschen, gleichzeitig erwies sich insbesondere bei den Frauen der subjektive Gesundheitszustand als schlechter im Vergleich zu den deutschen Frauen.

Wie es um die mentale Gesundheit der Migranten im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund in Deutschland bestellt ist, untersuchen **Nadja Milewski** und **Gabriele Doblhammer**. Demnach zeigen ihre Ergebnisse, dass ältere Migranten aus der Türkei, aus Süd- und Südosteuropa sowie Asylsuchende ihre mentale Gesundheit signifikant niedriger bewerten als die untersuchten Befragten ohne Migrationshintergrund und die Gruppe der Deutschen. Als mögliche Ursachen hierfür sehen sie unter anderem Unterschiede in der sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Gruppen. Allerdings spielen auch andere Faktoren wie zum Beispiel das generelle soziale Klima gegenüber Migrantengruppen oder die Stärke der Ökonomie eine Rolle. (Bernhard Gückel, BiB)

Jasmin Passet-Wittig; Stephan Letzel; Norbert F. Schneider; Bettina Schuhrke; Rudolf Seufert; Ulrike Zier; Eva Münster (2014):

The PinK Study – Methodology of the Baseline Survey of a Prospective Cohort Study of Couples undergoing Fertility Treatment.

Der Methodenbericht dokumentiert die Basiserhebung der PinK-Studie „Paare in Kinderwunschbehandlung“, deren Ziel ein besseres Verständnis der Situation von Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch und umfassende

Erkenntnisse über die Wege in die Kinderwunschbehandlung sind. Sie ist als interdisziplinäre und prospektive Kohorten-





studie in einem klinischen Umfeld angelegt. Zielgruppe der Studie sind Paare mit unerfülltem Kinderwunsch, die zwischen Juli 2012 und Mai 2013 ein Kinderwunschzentrum in Rheinland-Pfalz oder in Wiesbaden aufgesucht haben. Als Erhebungsinstrument kamen schriftliche Fragebögen zum Einsatz, die den Patienten durch das Personal der Kinderwunschzentren übergeben wurden. Insgesamt haben 323 Frauen und 242 Männer an der Befragung teilgenommen, darunter 234 Paare, für die vollständige Informationen zu beiden Partnern vorliegen. Der Datensatz ermöglicht damit neben Geschlechtervergleichen auch Paaranalysen. Die Gesamtrücklaufquote liegt bei 31 % mit teilweise erheblichen Unterschieden zwischen den Kliniken – mögliche Ursachen und Folgen werden disku-

tiert. Die Studienpopulation wird hinsichtlich zentraler soziodemografischer Merkmale beschrieben.

Jasmin Passet-Wittig, BiB



Die Publikation online unter

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Daten_Methodenberichte/2014_1_pink_study.pdf;jsessionid=796847DDD8A99923E06B6660E23E5E9B.2_cid292?__blob=publicationFile&v=5

Comparative Population Studies – News



Heft 04/2014 der „Comparative Population Studies“ ist erschienen

Die Beiträge im Einzelnen:

Bernhard Hauck:

Affection and Conflict in Intergenerational Relationships of Women in Sixteen Areas in Asia, Africa, Europe, and America

Untersuchungen zur intergenerationalen Solidarität in wohlhabenden Gesellschaften haben gezeigt, dass die Beziehungen zwischen den Generationen sowohl durch emotionale Nähe als auch durch Konflikte geprägt sind. Der Beitrag erweitert das Standardmodell der intergenerationalen Beziehungen um kulturelle und ökonomische Faktoren in variierten Verwandtschaftssystemen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Beziehungen zwischen jungen Frauen sowie Frauen im mittleren Alter zu ihren Müttern und Vätern in 16 Ländern in Asien, Afrika, Europa und Amerika und der Grad der Beziehungsqualität. Die Resultate offenbaren signifikante unterschiedliche Verteilungen für Väter und Mütter und zwischen den Ländern hinsichtlich der Einschätzung der Qualität der Beziehungen. So präsentieren sich vor allem in den wohlhabenden Gesellschaften die Bande zwischen Jung und Alt deutlich harmonischer als in Gesellschaften, deren Verwandtschaftsbeziehungen stärker patriarchalisch ausgerichtet sind.

Daniela Imani, Josef Nipper, Günter Thieme:

Linguistic and Neighbourhood Integration among Highly-skilled Migrants – A Quantitative Analysis Using the Example of Foreign University Staff Members in Aachen, Bonn and Cologne

Lange Zeit wurden Fragen der Integration bei hochqualifizierten Migranten als wenig relevant betrachtet. Diese Annahme basiert auf dem Bild einer transnationalen, hochmobilen Elite, die sich während der jeweiligen Aufenthaltsdauer ohne Schwierigkeiten an verschiedensten Arbeitsorten zurechtfindet. Allerdings weisen Studien der letzten Jahre auf die Heterogenität der Gruppe u. a. hinsichtlich der beruflichen Situation wie auch der Migrationsverläufe hin. Entsprechend gewinnen Fragen ihrer Integration in die jeweilige Ankunftsgesellschaft an Bedeutung. Der Beitrag beschäftigt sich daher mit Eingliederungsprozessen hochqualifizierter Migranten in Deutschland. Auf Basis einer standardisierten Befragung (n=553) ausländischer Wissenschaftler an den Universitäten Aachen, Köln und Bonn werden Aspekte der kulturellen und sozialen Dimension von Integrationsprozessen dieser Gruppe untersucht. Zur Operationalisierung kultureller Integration werden Indikatoren aus dem Be-



reich Sprachkompetenz gewählt, die soziale Integration wird über Merkmale aus dem Bereich Nachbarschaftsbeziehungen operationalisiert.

Es zeigt sich, dass zwischen Sprachkompetenz und Nachbarschaftssituation ein hochsignifikanter Zusammenhang besteht. Ebenso bedeutsam ist der Zusammenhang zwischen Sprachkompetenz bzw. Nachbarschaftssituation und einer Reihe von Prädiktorvariablen, wie Nationalität, akademischer Fachrichtung, der Familien- und Haushaltsstruktur oder der Aufenthaltsdauer. Bei einigen dieser Zusammenhänge, wie z. B. beim letztgenannten, ist zudem von einer wechselseitigen Steuerung auszugehen.

Chin-Chun Yi, Yu-Hua Chen:

The Intergenerational Transmission of the Value of Children in Contemporary Chinese Families: Taiwan and Mainland China Compared

Der seit Jahren beobachtete Fertilitätsrückgang in den ostasiatischen Ländern hält weiter an. So bewegte sich die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) im Jahr 2011 zwischen 0,9 Kindern je Frau in Taiwan und 1,5 in China. Dazwischen liegen Japan (1,4), Südkorea (1,2) und Hong Kong (1,1). Wie lässt sich diese anhaltend niedrige Fertilität erklären? Auf der Grundlage des „Value of Children“-Ansatzes untersucht der Beitrag, ob und inwieweit die intergenerationelle Übermittlung des positiven bzw. negativen Stellenwertes von Kindern zwischen Großmüttern, Müttern und Kindern in zwei chinesischen Gesellschaften, Taiwan und dem zentralen China, einen Beitrag zur Erklärung liefern kann. Die Analysen zeigen unter anderem, dass es bei den jüngeren Generationen in China und Taiwan weniger positive und mehr negative Einstellungen zu den Werten von Kindern gibt. Insgesamt lassen sich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Ländern feststellen, insbesondere was die emotionale Seite des Werts von Kindern angeht – und zwar in allen Generationen.



Download des Heftes unter

<http://www.comparativepopulationstudies.de>

Fanny A. Kluge:

The Economic Lifestyle by Gender – Results Combining Monetary and Time Use Estimates

Während die Heiratsraten und die Kinderzahl in den meisten industrialisierten Ländern zurückgegangen sind, ist zugleich die Zahl der erwerbstätigen Frauen signifikant gewachsen. Dabei kommt es trotz steigender Löhne für die weiblichen Berufstätigen noch immer zu großen ökonomischen Diskrepanzen im Lebensverlauf zwischen den Geschlechtern, die sich aber abschwächen, wenn unbezahlte Hausarbeiten oder Betreuungsleistungen mit beachtet werden. Der Beitrag zeigt, dass sich in diesem Fall der ökonomische Lebensverlauf der Frauen hinsichtlich des Konsums, des Einkommens und der Transfermuster dem männlichen angleicht.

Tatyana Kotzeva; Elitsa Dimitrova:

Nationalism and Declining Population in Bulgaria after 1990

Der Artikel befasst sich mit dem Diskurs über die Ursachen für den Bevölkerungsrückgang in nationalistischen Kreisen in Bulgarien seit 1990. In diesem Kontext wird die demografische Situation als „nationale Katastrophe Bulgariens“ oder als „Kollaps Bulgariens“ bezeichnet und auf den Rückgang des Anteils ethnischer Bulgaren und des Wachstums der ethnischen Minderheiten (besonders der Roma) hingewiesen. Andere Stimmen in diesem Diskurs warnen vor den Folgen eines Schrumpfens der bulgarischen Nation im Hinblick auf die nationale Souveränität, die territoriale Einheit und die wirtschaftliche Stabilität. Vor diesem Hintergrund rekonstruiert der Beitrag Hauptideen, Argumente und Strategien der Anhänger eines nationalistischen Diskurses und betrachtet die Konsequenzen der schrumpfenden Bevölkerung, ihre sozialpolitischen Implikationen und künftigen demografischen Aussichten für das Land.

Übersetzung der Abstracts: Bernhard Gückel, BiB



Neues vom Demografieportal des Bundes und der Länder



Zusammenfassung der Diskussion des Praxisdialogs „Mobil in ländlichen Räumen“

Seit 2014 finden die Online-Dialoge auf dem Demografieportal unter dem Format „Gute Praxis im Dialog“ als Praxisdialoge statt.

Der erste Praxisdialog befasste sich vom 1. Oktober bis 16. November 2014 mit dem Thema „Mobil in ländlichen Räumen“. Im Mittelpunkt dieses Dialogs stand das Pilotprojekt „NVV-Mobilfalt“ des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV), das Fahrten des öffentlichen Nahverkehrs und Privatfahrten mit dem PKW in einem innovativen Ansatz miteinander verknüpft. In 35 Beiträgen und Kommentaren entstand ein überregionaler Erfahrungs-

austausch. Auf dem Blog des Demografieportals ist die Diskussion zusammengefasst.

Yvonne Eich, BiB



Die Diskussion unter

http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Blog/DE/141203_Zusammenfassung_Praxisdialog_Mobil_in_laendlichen_Raeumen.html

Personalien

Prof. Dr. Karl Schwarz gestorben

Der frühere Direktor des BiB, Prof. Dr. Karl Schwarz, ist am 16. November 2014 im Alter von 97 Jahren gestorben. Er leitete das Institut von 1979 bis 1982. Zuvor war er von 1953 bis 1979 im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden tätig, seit 1968 als Abteilungsleiter, zuständig u. a. für die Bevölkerungsstatistik. Während seiner Dienstzeit war er in zahlreichen politischen Gremien vertreten sowie aktives Mitglied verschiedener bevölkerungswissenschaftlicher Gesellschaften.

Zweimal, von 1976 bis 1985 und von 1991 bis 1994 war er Erster Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für

Bevölkerungswissenschaft, der heutigen Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).

Auch nach 1982 gab er als Lehrbeauftragter an den Universitäten Mainz und Bamberg seine vielseitigen, in Wissenschaft und Politikberatung erworbenen Kenntnisse weiter.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung wird Herrn Prof. Dr. Schwarz stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Text: BiB



Veranstaltungen

Call for Papers: Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zum Thema „Produktivität“ und „Potenzial“: Neues Alter – alte Ungleichheiten?

Zu diesem Thema veranstaltet die Sektion *Alter(n) und Gesellschaft* der DGS in Kooperation mit dem BiB am 27. und 28. März 2015 ihre Frühjahrstagung in Wiesbaden. Wissenschaftliche Beiträge sind willkommen und können bis zum **31. Januar 2015** eingereicht werden.

Die Frühjahrstagung 2015 der Sektion *Alter(n) und Gesellschaft* setzt am Leitbild des „produktiven Alterns“ und dessen Implikationen für die Lebensphasen des Alters an. Dabei stehen sowohl formelle Tätigkeiten, etwa in der Erwerbsarbeit und im Ehrenamt, als auch informelle Tätigkeiten in der Zivilgesellschaft und in der Familie im Vordergrund. Ziel der Veranstaltung ist es, den Themenkomplex „produktives“ Altern, Potenziale des Al-

ters und soziale Ungleichheit aus theoretisch-konzeptioneller wie auch empirischer Sicht zu beleuchten und um neuartige Perspektiven zu ergänzen.



Mehr Infos zum Call for Papers unter

http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Termine/DE/2015/2015_03_28_dgs_altern.html?nn=3072194

Call for Papers: „Deutscher Kongress für Geographie“ vom 1. bis 6. Oktober 2015 in Berlin

DKG 2015



Der 59. Deutsche Geographentag findet 2015 in Berlin vom 1. bis 6. Oktober erstmals unter dem neuen Titel „Deutscher Kongress für Geographie“ statt.

Die Leitthemen des Kongresses greifen aktuelle Herausforderungen für die Geographie auf. Sie sind bewusst nicht auf die Teildisziplinen orientiert, sondern betonen die intra- und interdisziplinären Analysewege und Lösungsansätze. Ausdrücklich werden zu den Leitthemen Beiträge aus allen Teildisziplinen in möglichst übergreifender Vernetzung erwünscht. Um den Standort Berlin vorzustellen, wird sich eine Sitzung zu jedem Leitthema darauf beziehen. Die Unterpunkte zu den Leitthemen sind nur als Beispiele für mögliche Bereiche zu verstehen, weitere und andere sollen entwickelt werden.

Die Fachbereiche:

- Stadt und Land: Kontinuitäten und Konflikte
- Vernetzung und Entwicklungspfade
- Demographie im 21. Jahrhundert
- Umwelt und Gerechtigkeit
- Landnutzungswandel und Nachhaltigkeit
- Erde: Lebensraum und Risiko
- Didaktik der Geographie
- Theoretische, methodische und disziplinäre Reflexion

Für die Fachsitzungen können bis zum **11. Januar 2015** Beiträge eingereicht werden.



Mehr Infos zur Tagung unter

<http://www.dkg2015.hu-berlin.de/>

Die Beiträge können hier eingereicht werden:
http://www.dkg2015.hu-berlin.de/index.php?article_id=21



Buch im Blickpunkt

Paul B. Hill; Johannes Kopp (Hrsg.): Handbuch Familiensoziologie

Analog zur Entwicklung der Lebensform Familie hat sich auch das Forschungsgebiet der Familiensoziologie in den letzten Jahren erweitert. Dieser Band bietet daher mit einem breiten Themenspektrum einen Überblick über den aktuellen Stand der familiensoziologischen Forschung. In vier thematischen Teilen und 25 Beiträgen werden eine Vielzahl familialer und soziostruktureller Fragestellungen einschließlich ihrer empirischen Fundierung vorgestellt und kritisch diskutiert sowie die unterschiedlichen methodischen und theoretischen Ansatzpunkte in der Familienforschung beschrieben.

Eingeleitet wird der Band von **Paul B. Hill** und **Johannes Kopp**, die einen Überblick über den „Stand der Dinge“ in der familiensoziologischen Forschung geben. Sie plädieren für eine theoriegeleitete und empirisch begründete Familienforschung, in der neben den vielfältigen thematischen Verbindungen des Bandes vor allem das Programm des „Methodologischen Individualismus“ als gemeinsame Orientierung und Erklärungsstruktur hinter den Beiträgen steht.

Familie im Wandel in unterschiedlichen Regionen der Welt

Der erste Teil des Bandes gibt dann einen Überblick über die Vielfalt der Familienformen und des Familienlebens in einzelnen Regionen der Welt. So widmet sich **Norbert F. Schneider** der aktuellen Situation der Familie in Europa. Er geht von einer beträchtlichen Vielfalt des Familienlebens in Westeuropa aus, die sich im Zeitverlauf wandelt und variiert – zwischen und innerhalb von Ländern, aber auch zwischen Milieus und Geburtskohorten. Bei der Analyse richtet er den Blick vor allem auf die Entwicklung der letzten zwei bis drei Jahrzehnte. Hier wird deutlich, dass die Richtung des Wandels der Familie in den meisten Ländern einheitlich und richtungstabil verlief. Bedeutsame Unterschiede zeigen

sich hingegen beim Tempo des Wandels, wobei die Tempounterschiede vielschichtig sind. Raschen Veränderungen in einigen Ländern steht ein moderater weiterer Wandel in Ländern gegenüber, die bereits vor 1980 eine hohe Veränderungsdynamik erfahren hatten. Hier kann somit von einer zunehmenden Konvergenz bei weitergehendem Wandel gesprochen werden. Durch die unterschied-

lichen Geschwindigkeiten des Wandels hat sich wiederum die Spannweite der gemessenen Länderwerte (beispielsweise bei der Prävalenz von Scheidungen) vergrößert, so dass hier trotz richtungsgleichem Wandel eine Divergenz zwischen den Ländern zu konstatieren ist, die in den westeuropäischen Ländern weiter anwächst. Die Lebensform Familie wird vielfältiger und wandelt sich von einer sozialen Institution zur individuell gestalteten Lebensform.

Mit der Entwicklung der Familie in Mittel- und Osteuropa beschäftigt sich der Beitrag von **Birgit Glorius**. Vor dem Hintergrund tiefgreifender politischer und ökonomischer Transformationen in den jeweiligen Staaten untersucht sie Familienformationen und die Fertilitätsentwicklung im Zeitraum 1950 bis 2010.

Ihre Analysen zeigen, dass in allen postsozialistischen Staaten mittlerweile mehr oder weniger deutlich die demografischen Merkmale des zweiten demografischen Übergangs erkennbar sind mit Trends wie rückläufigen Kinderzahlen, einer Aufschiebung der Familiengründung und einer Vielfalt von gesellschaftlich akzeptierten Familienformen. Diese Entwicklung ist teilweise das Ergebnis von Individualisierungs- und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen.

Wie sich das vorherrschende Familienverständnis im 21. Jahrhundert in den USA darstellt und welchen Veränderungen es zwischen 1900 und 2000 unterlag, berichtet **Isabel Heinemann**. Dabei kommt sie zu dem Schluss, dass es in diesem Zeitraum Phasen der Dynami-



Das Buch:
 Paul B. Hill; Johannes Kopp (Hrsg.):
 Handbuch Familiensoziologie
 Springer VS Verlag Wiesbaden 2015
 ISBN 978-3-658-02275-4
 ISBN 978-3-658-02276-1 (eBook)



sierung und Pluralisierung von Familienwerten und Gendernormen gab, die sich mit der Forderung nach Rückkehr zur Kernfamilie und zu traditionellen Genderrollen abwechselten. Hier wirkten sich das jeweilige politisch-moralische Klima und die Geschwindigkeit des sozialen Wandels aus. Den sozialen und normativen Wandlungsprozessen stehen aber auch Kontinuitäten bei der Familienentwicklung gegenüber.

Welche Entwicklung die Familiendynamiken in Lateinamerika in den vergangenen Jahrzehnten genommen haben, analysiert **Javiera Cienfuegos Illanes**. Dabei interessiert sie vor allem, wie sehr sich die Merkmale des zweiten demografischen Übergangs bereits in diesen Ländern bemerkbar machen. Ihre Resultate weisen darauf hin, dass Lateinamerika eine allgemeine Nähe zum Phänomen eines Zweiten demografischen Übergangs aufweist – dies gilt allerdings nicht für die Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung – insbesondere in den untersten sozialen Schichten. Hier existiert zum Beispiel nach wie vor der Trend zur frühen Familiengründung und einer hohen Zahl an Teenagerschwangerschaften, wie das Beispiel der Dominikanischen Republik belegt. Wie sehr sich die Familienstrukturen weiterentwickeln, hängt in diesen Breitengraden stark von der sozialen Stellung ab. Zudem verlaufen Änderungen keineswegs in allen Ländern im gleichen Rhythmus und in die gleiche Richtung.

Dass sich im Falle Afrikas generalisierende Aussagen über Familienstrukturen und deren Wandel kaum treffen lassen, bestätigen **Jeannett Martin** und **Erdmute Alber**. So verlaufen familiäre Wandlungsprozesse in afrikanischen Gesellschaften außerordentlich komplex, kaum linear und können zudem nicht auf einzelne Faktoren zurückgeführt werden. Dies belegen die Autoren am Beispiel der Heirats- und Abstammungsbeziehungen, die heute fast überall in Afrika anders gelebt werden als vor hundert oder fünfzig Jahren. Entscheidend ist vor allem, dass der soziale Wandel familiärer Normenvorstellungen und Praktiken in enger Wechselwirkung mit anderen Transformationsprozessen und im Zusammenhang mit politischen Maßnahmen und ökonomischen Veränderungen stattfindet. Zwar ist die Häufigkeit von Heiraten mancherorts zurückgegangen, dafür spielt die Bedeutung von möglichst vielen Nachkommen für die Menschen in Afrika nach wie vor eine große Rolle.

Auch Ostasien hat in den vergangenen Jahrzehnten soziale, wirtschaftliche und politische Umbrüche erlebt. Welchen Einfluss diese Veränderungen auf die Einstellungen zu Ehe, Partnerschaft und Familie haben, untersucht **Sang-Hui Nam**. Gegenwärtig fallen hier vor allem zwei demografische Entwicklungen ins Auge: die niedrigen Geburtenraten und eine zunehmende Alterung der Bevölkerung. Zugleich setzt sich die Kleinfamilie mit geringer Kinderzahl und erwerbstätigen Müttern immer stärker durch, doch wirken alte Traditionen des Konfuzianismus noch immer, wie die nach wie vor große Verbreitung der mehrere Generationen umfassenden Stammfamilie belegt. Dass sich traditionelle Vorstellungen etwa von der Ehe allmählich verändern, zeigt der Anstieg der Scheidungs- und Wiederverheiratungsraten. Trotz einer zunehmend größeren Zahl von Abweichungen bei den familialen Lebensformen ist aber nicht damit zu rechnen, dass es einen grundlegenden Wandel hin zu einer progressiven westlichen Modellvorstellung von Familie geben wird. So ist beispielsweise die Ehe für homosexuelle Paare heute immer noch ein Tabu – und wird es auch für lange Zeit bleiben, lautet ihre Prognose.

Aktuelle theoretische und methodische Ansätze der Familiensoziologie

Der zweite Teil des Bandes befasst sich mit Fragen der Theorie und Methodik in der Familiensoziologie. **Paul B. Hill** und **Johannes Kopp** liefern zunächst einen Überblick über unterschiedliche Ansätze, bei denen besonders explanative Handlungstheorien dominieren. So hat mittlerweile der Ansatz der „Ökonomischen Theorie“ fast alle Teilbereiche der Familiensoziologie durchdrungen. Aktuelle Entwicklungen lassen aber neben den handlungstheoretischen Positionen theoretische Akzentverschiebungen bzw. Erweiterungen erkennen, wie unter anderem der sogenannte „family system approach“ oder das Modell des „ecological framework“. Die Autoren wehren sich dabei gegen den Eindruck, die Familiensoziologie verwende einen bunten Korb mehr oder weniger willkürlich verfügbarer Theorien, die keinerlei Kriterien unterliegen. Ihrer Ansicht nach gibt es in der Familiensoziologie einen theoretischen Kern, der die wichtigsten Ideen in ein einheitliches Modell integriert.

Welche methodischen Probleme bei der Umsetzung eines Forschungsdesigns, wie dem sogenannten „Multi-Actor-Design“ oder bei Quasi-Experimenten in der Fami-



liensoziologie bestehen, betrachtet **Daniel Lois**. Er weist darauf hin, dass auch aufwendige und streng kontrollierte Forschungsdesigns nicht unproblematisch sind und kritisch betrachtet werden sollten. Dies betrifft zum Beispiel Panel-Studien über einen längeren Zeitraum, bei denen nicht alle anvisierten Personen dauerhaft an der Befragung teilnehmen oder durch Panelmortalität die Zahl der Teilnehmer schrumpft. Darüber hinaus präsentiert er exemplarisch, wie quantitativ-standardisierte Methoden in der Familiensoziologie durch gering standardisierte, qualitative Ansätze ergänzt werden können.

Einen praxisorientierten Überblick über ausgewählte neuere Methodenentwicklungen in der Familienforschung geben **Oliver Arránz Becker** und **Daniel Lois**. Sie richten den Blick auf Ereignisanalysen und dyadische Ausleseverfahren. Insbesondere letztere werden bislang noch nicht häufig eingesetzt, was sich ihrer Meinung nach aber ändern dürfte, wenn es darum geht, empirische Tiefenerklärungen anzustreben. Für die familiensoziologische Forschung steht gegenwärtig ein differenziert ausgebildetes Auswertungsinstrumentarium für familiensoziologische Analysen zur Verfügung, wobei letztlich die Theorieentwicklung hinter der Methodenentwicklung zurückzubleiben scheint, wie sie kritisch anmerken.

Innerfamiliäre Prozesse im Fokus

Mit familialen Prozessen befasst sich der dritte Teil des Bandes. **Thomas Klein** untersucht in seinem Beitrag die Mechanismen der Partnerwahl sowie die sozialen Konsequenzen einer Partnerschaft und der Auswahl des Partners. Er beschreibt die Theorie der Partnerauswahl und gibt einen Überblick über Muster und Trends bei der Wahl. Zudem stellt er offene Forschungsfragen vor. Dazu gehören beispielsweise das Zusammenspiel von Präferenzen und sozialstrukturellen Vorgaben in Bezug auf die Gesamtattraktivität einer Person und das Kennenlernen auf dem Partnermarkt. Hier gibt es eine soziale Ungleichheit vor allem im Hinblick auf die allgemeine Zugänglichkeit zum Markt, die erst in Anfängen erforscht ist.

Wie sich die Lebensformen in Deutschland im Hinblick auf die Sozialstruktur verändert haben, betrachten **Michaela Kreyenfeld** und **Dirk Konietzka**. Sie skizzieren Konzepte und theoretische Ansätze zur Erklärung von Lebensformen und familialen Verhaltensweisen und untersuchen empirisch, wie sich diese in Ost- und Westdeutschland seit 1990 entwickelten. Ihre Untersuchun-

gen belegen, dass sich besonders in Ostdeutschland neuartige Dynamiken familialen Verhaltens gebildet haben. Dies zeigen unter anderem die seit den frühen 1990er Jahren stark gestiegenen Anteil nichtehelicher Geburten im Osten Deutschlands. Zudem haben alleinerziehende Eltern und nichteheliche Lebensgemeinschaften dort die Sozialstruktur der Lebensformen geprägt.

Mit einem zentralen Forschungsbereich der Familiensoziologie beschäftigen sich **Johannes Kopp** und **Nico Richter**: der Fertilität. Sie stellen die bisherige Geburtenentwicklung in Deutschland und im internationalen Vergleich anhand verschiedener Maßzahlen vor. Dazu geben sie einen Überblick über unterschiedliche theoretische Ansätze, die vor allem Antworten auf zwei Fragen suchen: Wie lässt sich der im Laufe der Modernisierung überall einsetzende langfristige Rückgang der Geburtenzahlen erklären und worin liegen die Ursachen für die deutlichen Unterschiede zwischen den Geburtenzahlen innerhalb einer Gesellschaft (hier am Beispiel der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland)? Und schließlich: Stellt Deutschland einen Einzelfall dar oder lassen sich im internationalen Vergleich ähnliche Tendenzen beobachten? Ihre Ergebnisse belegen insgesamt einen enormen Rückgang der Geburtenzahlen im historischen Wandel, wobei es allerdings auch große Unterschiede gibt. Trotz weitgehend tragfähiger wissenschaftlicher Erklärungsansätze weisen sie darauf hin, dass noch immer vielfältige Forschungsfelder im Kontext der Fertilitätsanalysen empirisch zu bearbeiten sind.

Die Familie trägt zur Sozialisation des Menschen bei und prägt seine Persönlichkeitsentwicklung. Welche Mechanismen hier wirken und welche wechselseitigen Wirkfaktoren, die die Gestaltungsmöglichkeiten des Familienlebens bestimmen, hier zum Tragen kommen, beleuchten **Matthias Grundmann** und **Angela Wernberger**. Ihr Beitrag bestätigt, wie komplex das Verhältnis von Familie und Sozialisation zu bestimmen ist. Aus diesem Grund plädieren sie für eine wissenschaftliche Herangehensweise, die es vermag, Sozialisationsprozesse in der Familie so zu entschlüsseln, dass deren Genese vor dem Hintergrund bestehender sozialstruktureller Rahmenbedingungen erfasst wird. Dazu eignet sich beispielsweise eine sozialökologisch orientierte Forschungsheuristik.

Mit der Entwicklung der Paarbeziehung in Form der Ehe oder einer eheähnlichen Beziehung und deren sich wandelnder Qualität befassen sich **Dorothea E. Dette-Hagen-**



meyer und **Barbara Reichle**. Sie gehen davon aus, dass sich im Laufe der Partnerschaftsentwicklung die Beziehungsqualität verändert – weg von einer romantischen, affektiven Qualität und hin zu Qualitäten, die eher die alltägliche Lebensbewältigung erleichtern bzw. im negativen Fall erschweren. Im Blickpunkt steht hier vor allem die Partnerschaftszufriedenheit, die sowohl durch äußere Gegebenheiten als auch durch die Merkmale der Person beeinflusst werden kann. Und nicht zuletzt wirkt sich die Qualität der Elternbeziehung auch auf die Sozialentwicklung der eigenen Kinder aus.

Wie steht es angesichts des demografischen Wandels um die Beziehungen und die Solidarität zwischen den Generationen? Diese Frage betrachtet **Karsten Hank**. Er kommt zu dem Schluss, dass es in ganz Europa lebendige Verbindungen zwischen Jung und Alt gibt. So leben die Kinder und Eltern im Allgemeinen in erreichbarer Nähe und unterstützen sich auf vielfältige Weise, wenngleich in unterschiedlicher Form und Intensität. Er geht davon aus, dass die Familie den gesellschaftlichen Wandel überlebt, weil sie dynamisch und anpassungsfähig ist. Ein „Verfall der Familie“, wie von manchen prophezeit, ist nicht in Sicht.

Kirsten Rüssmann, **Johannes Kopp** und **Paul B. Hill** beleuchten die Frage der Macht, der Arbeitsteilung und der Bewältigung von Konflikten in Partnerschaften und die Auswirkungen aus theoretischer und empirischer Sicht. Insbesondere was die Frage der Gewalt in Partnerschaften angeht, weisen sie darauf hin, dass dieses Phänomen erst in den letzten Jahrzehnten zu einem Gegenstand der Familienforschung geworden ist. Es besteht hier noch ein größerer Forschungsbedarf, im Hinblick auf die praktischen Interventionsmöglichkeiten.

Warum trennen sich Paare bzw. lassen sich scheiden und welche Folgen hat das für die Betroffenen? Auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes gibt **Oliver Arránz Becker** einen Überblick über die zentralen Theorien und empirischen Befunde zu partnerschaftlicher und ehelicher Instabilität. Neben diversen Handlungstheorien stellt er auch neuere Forschungstrends vor, wie die zunehmende Erforschung von Effektheterogenität (also zum Beispiel Ländervergleiche oder Vergleiche zwischen nicht- und vorehelichen Lebensformen) oder Tiefenerklärungen.

Durch die wachsende Zahl an Trennungen und Scheidungen gewinnt eine Lebensform an Bedeutung, die **Anja**

Steinbach näher betrachtet: Stieffamilien. Sie weisen einige Besonderheiten auf (u. a. die mehrfache Besetzung von elterlichen Rollen), die sich auf die Beziehungsgestaltung auswirken und für alle Beteiligten eine Herausforderung darstellen. Ausgehend von der Definition der Stieffamilie werden zunächst ihre Verbreitung sowie soziodemografische Merkmale vorgestellt, um dann die Beziehungsentwicklung und -gestaltung in Stieffamilien zu untersuchen. Es zeigt sich, dass Stieffamilien zu einem festen Bestandteil der vielfältigen Lebensformen in modernen Gesellschaften geworden sind, deren Anteil an Familien angesichts steigender Trennungszahlen zunehmen wird. Wie sich diese Familienform auf das Wohlbefinden von Kindern auswirkt, lässt sich aufgrund widersprüchlicher Forschungsergebnisse wegen methodischer Probleme (hierzu zählt das Fehlen längsschnittlicher Daten) pauschal nicht sagen.

Familie, Gesellschaft und Sozialstruktur

Die Beziehung zwischen Familie, Gesellschaft und Sozialstruktur steht im Zentrum des vierten Teils des Bandes. Wie sich die familiäre Situation auf das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern auswirkt, analysiert **Matthias Pollmann-Schult**. Er diskutiert zunächst verschiedene Theorieansätze und erläutert, inwiefern der Effekt von Partnerschaft und Elternschaft auf das Erwerbsverhalten von individuellen Merkmalen, familienpolitischen Rahmenbedingungen und dem kulturellen Kontext abhängt. Deutlich wird, dass sich das Erwerbsverhalten nach der Familiengründung für Frauen und Männer in unterschiedlichem Maße verändert. Während sich bei den Männern hinsichtlich des Erwerbsverhaltens nur wenig ändert, wirkt sich die Bildung einer Familie für die Frauen hemmend auf die Berufstätigkeit aus. Ein Großteil der Frauen unterbricht dauerhaft ihren Broterwerb bzw. hört ganz auf zu arbeiten. Die Gründe für diese gegensätzlichen Effekte sind vielschichtig, zumal die Befunde auf ein komplexes Wirkungsgefüge zwischen familialen Übergängen und dem Erwerbsverhalten hinweisen. Künftige Forschung sollte darüber hinaus auch den Einfluss des jeweiligen Arbeitskontextes und seiner Bedingungen auf das elterliche Erwerbsverhalten mit einbeziehen.

Mit dem Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Familie befassen sich auch **Bettina S. Wiese** und **Viktoria Arling**. In ihrem Beitrag liegt der Schwerpunkt auf



einer biographieorientierten Lebensspannenperspektive hinsichtlich des Zusammenspiels von Beruf und Familie, verbunden mit einer Diskussion verschiedener Beispiele. Sie betonen, dass in der Forschungslandschaft in diesem Zusammenhang eher die konfliktorientierte Sichtweise vorherrscht. Trotzdem gibt es auch Beispiele für eine positive Annäherung an die Thematik im Sinne von synergetischen und bereichernden Erfahrungen, die nicht einfach mit dem Nicht-Vorhandensein von Konflikten gleichzusetzen sind, sondern einen eigenständigen Erlebnisbereich darstellen.

Wie beeinflusst räumliche Mobilität die Familienentwicklung? Und schränken im Gegenzug Haushalts- und Familienstrukturen unterschiedliche Mobilitätsformen ein? Antworten auf diese Fragen suchen **Natascha Nisic** und **Martin Abraham** in ihrem Beitrag. Nach einer Klärung des Begriffs Mobilität und ihrer Formen belegen sie, dass ein enger theoretischer und empirischer Bezug zwischen regionaler Mobilität sowie Partnerschaft und Familie besteht. Die unterschiedlichen Mobilitätsformen stellen die Betroffenen vor diverse Herausforderungen, die unter anderem auch die Familie betreffen, z. B. was die innerfamiliäre Zeit- und Aufgabenallokation angeht. Je nach Form der Mobilität ergeben sich auch Folgen für die Wahrscheinlichkeit der Elternschaft, etwa bei Fernpendlern. Allerdings lässt sich ein Zusammenhang zwischen Fertilitätsintentionen und Fernpendeln nicht nachweisen. Grundsätzlich trifft die Vereinbarkeitsproblematik von räumlicher Mobilität und Familie in erster Linie die Frauen, da bei den Männern ein negativer Effekt des Pendelns nur kurzfristig wirksam ist und lediglich einen Aufschub der Fertilitätsentscheidung bewirkt.

Weiteren Forschungsbedarf gibt es aus Sicht der Autoren unter anderem bei der Rolle der sozialen Netzwerke für die Mobilitätsentscheidungen, der Bedeutung regionaler Merkmale der Start- und Zielregion sowie der Mobilität Älterer vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Klärungsbedarf besteht auch noch bei der Frage, wie bei Paaren Mobilitätsentscheidungen getroffen werden und wie mit daraus entstehenden Konflikten umgegangen wird.

Für eine stärkere Wahrnehmung des Merkmals Migration in der Familiensoziologie plädiert **Helen Baykara-Krumme** in ihrer Analyse. Obwohl die Aufmerksamkeit für das Thema Migrantenfamilien in der Forschung zuletzt stark gestiegen ist, weist sie darauf hin, dass gerade die

Interaktion von Familien- mit Migrationskarrieren sowohl in der Familien- als auch in der Migrationssoziologie noch größerer Aufmerksamkeit bedarf. In der familiensoziologischen Forschung fehlt bisher eine Wahrnehmung von Migration als einem eigenständigen Strukturmerkmal neben und verknüpft mit sozialer Schicht und Klasse, Geschlecht oder Alter. Dazu werden Migrantenfamilien noch in zu geringem Maße in das Thema des familialen Wandels in modernen Gesellschaften einbezogen. Insgesamt gilt es somit, der theoretischen Bedeutung von Familie für den Wanderungsprozess stärker gerecht zu werden. Dies betrifft auch die Entwicklung und Umsetzung adäquater Studiendesigns, mit denen das Zusammenspiel zwischen Familie und Migration angemessen untersucht werden kann.

Inwiefern sind Familien für den Bildungserfolg der Kinder und ihre Bildungschancen verantwortlich? Diese Frage steht im Fokus der Untersuchung von **Edith Kotitschke** und **Rolf Becker**. Sie thematisieren zunächst Sozialisation und Erziehung im sozialen Kontext des Elternhauses und diskutieren dann die Zusammenhänge von sozialer Herkunft, schulischen Leistungen und Bildungsentscheidungen sowie den individuellen und gesellschaftlichen Leistungen. Die empirischen Befunde belegen, dass den Familien beim Bildungserfolg und den Bildungschancen eine große Bedeutung zukommt, wobei vor allem die gesellschaftlichen Verhältnisse der Lebensumwelt als eine der Ursachen für Bildungsungleichheiten gelten. Da in der soziologischen Bildungsforschung Studien über primäre und sekundäre Herkunftseffekte dominieren, sollte nach Meinung der Autoren auch die Einbettung von Familien in gesamtgesellschaftliche Kontexte auf unterschiedlichen Ebenen in Zukunft viel stärker in der Forschung beachtet werden.

Im letzten Kapitel des Bandes geben **Ingmar Rapp** und **Thomas Klein** einen Überblick über die Thematik, wie sich das Leben in Partnerschaft und Familie auf die körperliche und mentale Gesundheit auswirkt – gerade bei nicht-traditionalen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften sowie Partnerschaften ohne gemeinsamen Haushalt. Hinzu kommt der Faktor Elternschaft und Gesundheit. Die Autoren konstatieren, dass es generell schwierig ist, den Einfluss von Partnerschaft und Familie auf Gesundheit zu beziffern, da sich Personen nicht zufällig auf die verschiedenen Partnerschafts- und Familienformen verteilen. Internationale Untersuchungen



deuten aber darauf hin, dass zum Beispiel Eltern, die gemeinsam mit ihren Kindern leben, gesundheitlich stärker von ihnen profitieren als alleinerziehende oder von ihren Kindern getrennt lebende Elternteile. Keineswegs

eindeutig lässt sich feststellen, ob dies nur für leibliche Kinder oder auch für Stiefkinder gilt.

Bernhard Gückel, BiB

Kurz vorgestellt



Zeitschrift für Familienforschung Heft 3/2014

Im Mittelpunkt des neu erschienenen Themenheftes steht das Thema "Timing and spacing of births: Effects for parents and children".

Die Beiträge im Einzelnen:

Henriette Engelhardt:

Introduction to the special issue on: Timing and spacing of births: Effects for parents and children

Tobias Putz & Henriette Engelhardt:

The effects of the first birth timing on women's wages: A longitudinal analysis based on the German Socio-Economic Panel

Henriette Engelhardt & Jessica Schreyer:

Timing of first birth and well-being in later life

Friederike Schlücker & A. Raphaela Blumenfelder:

Effects of age at first birth on health of mothers aged 45 to 56

Claudia Karwath, Ilona Relikowski & Monja Schmitt:

Sibling structure and educational achievement: How do the number of siblings, birth order, and birth spacing affect children's vocabulary competences?

Uta Brehm & Sandra Buchholz:

Is there a wrong time for a right decision? The impact of the timing of first births and the spacing of second births on women's careers

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 6/2014 – 35. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0620140

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2014 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.